

SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF 24. NOVEMBER 2010

PROTOKOLLS

1. Einleitung

Die Sitzung des Vorstands der ETF findet am 24. November in Turin statt, den Vorsitz führt **Jan Trzuczyński**, Generaldirektor der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission.

Die neuen Vorstandsmitglieder für Malta (Philip Von Brockdorff und Richard Cumi als Stellvertreter), die Tschechische Republik (Milos Rathousky als stellvertretendes Mitglied) und Luxemburg (Nic Alff als stellvertretendes Mitglied) werden willkommen geheißen. Die Beobachter aus den Partnerländern, d. h. Salih Çelik, stellvertretender Staatssekretär des türkischen Ministeriums für Bildung, Naig Mammadov, Leiter der Abteilung für fachliche Berufsbildung am Ministerium für Bildung in Aserbaidschan, und Ahmad Mustafa Abdalla, Mitglied des ETVET-Rates in Jordanien, wurden von der Europäischen Kommission aus einer von den Partnerländern vorgeschlagenen Bewerberliste ausgewählt und besitzen alle langjährige Erfahrung im Bereich Berufsbildung. Zwei der vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen, Stamatis Paleocrassas und Sara Parkin, sind anwesend. Ferner nehmen die Kommissionsbediensteten Gerhard Schuman-Hitzler, Direktor, GD Erweiterung, Ronan MacAongusa, GD RELEX, Christophe Masson von EuropeAid sowie Belén Bernaldo De Quirós, Referatsleiterin, und Elena Pascual Jiménez von der GD Bildung und Kultur teil. Die Personalvertretung der ETF wird von Mircea Copot vertreten.

Griechenland, Irland, Portugal und die Slowakei sind bei der Sitzung nicht vertreten.

Der Vorsitzende spricht den Kollegen und der Familie von Rutger Wissels, Vorstandsmitglied zur Vertretung der GD RELEX, der am 30. Oktober 2010 verstorben ist, sein Beileid aus.

2. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vom Vorstand angenommen.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 14. Juni 2010 wird genehmigt.

ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Xavier Matheu de Cortada stellt die Maßnahmen vor, die als Follow-up zur Sitzung vom Juni 2010 durchgeführt wurden.

- Die ETF wird die Ergebnisse des Innovations- und Lernprojekts zum Thema Flexicurity auf den nächsten Vorstandssitzungen präsentieren.
- Die ETF wird weiterhin mit dem Cedefop hinsichtlich der Frage einer nachhaltigen Beziehung zwischen Bildung und Arbeitsmarkt zusammenarbeiten. Dies ist Teil des Arbeitsprogramms 2011.
- Am 22. und 23. November 2010 hat die ETF ein Seminar zu nachhaltiger Entwicklung und Berufsbildung organisiert. Die Empfehlungen werden in das Arbeitsprogramm 2011 aufgenommen.
- Die ETF stellt die Ergebnisse der funktionellen und institutionellen Reform der operativen Abteilung unter Punkt 4 der Tagesordnung vor.
- Die von der Kommission geforderten Berichtigungen am Jahresbericht 2009 wurden vorgenommen und das Dokument dementsprechend vorgelegt.
- Die ETF wird eine Zusammenfassung des Jahresberichts 2010 verfassen und die Art und Weise der Verbreitung des Dokuments verbessern.
- In die Stellungnahme zum Jahresabschluss 2009 der ETF wurde wie gefordert der Verweis auf den Status der nicht stimmberechtigten Mitglieder des Vorstands für die vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen aufgenommen.
- Die ETF hat im Sitzungssaal des Vorstands ein vorläufiges WLAN mit Internetverbindung eingerichtet. Ferner steht im zugriffsbeschränkten Bereich des Vorstands der ETF-Website ein elektronisches Bewertungsformular für die Sitzung zur Verfügung.

Zu den folgenden Themen wurden schriftliche Verfahren durchgeführt:

- Die Änderung des ETF-Stellenplans 2011 (ETF-GB-10-034), wofür das Verfahren am 4. August 2010 eröffnet und am 25. August 2010 abgeschlossen wurde, wurde angenommen.
- Ein Protokoll für die Zusammenarbeit zwischen der ETF und dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Kasachstan (AGR/10/ETF/02), wofür das Verfahren am 1. September 2010 eröffnet und am 22. September 2010 abgeschlossen wurde, wurde angenommen.

4. Mündliche Berichte

i. **Fortschritte bei den Maßnahmen und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben**

Jan Truszczyński referiert zu den folgenden Aspekten:

Externe Evaluierung der ETF

Die letzte externe Evaluierung der ETF bezog sich auf Themen bis einschließlich 2005. Nun steht eine neue Evaluierung an, für welche die Vorbereitungen bereits angelaufen sind. Die GD EAC nutzt für diese Evaluierung einen Rahmenvertrag. Der Eingang der Angebote wird bis 9. Dezember 2010 erwartet. Die Arbeiten sollen voraussichtlich Mitte Januar 2011 beginnen, der Abschlussbericht wird für Ende Juli 2011 erwartet. Geleitet werden die Arbeiten von einem Lenkungsausschuss, der sich aus zwei Bediensteten der GD EAC, einem Bediensteten der GD RELEX, einem der GD DEVCO, einem der GD ENTR und einem der ETF zusammensetzt. Ein Mitglied des Vorstands wird ebenfalls in dem Lenkungsausschuss vertreten sein. Der Vorsitzende bittet die Vorstandsmitglieder gegenüber der GD EAC ihr Interesse zu bekunden, wenn sie diese Funktion übernehmen möchten.

Neueste Entwicklungen bei Aus- und Weiterbildung

Die Initiative *Jugend in Bewegung* ist ein politisches Rahmenprojekt und umfasst eine Reihe von verschiedenen Aktivitäten und Produkten, die in den kommenden Jahren entwickelt werden sollen. Die Initiative wurde im Herbst mit zwei Veranstaltungen – einer Veranstaltung in Bordeaux, an der Androulla Vassiliou, Kommissarin für Bildung und Kultur, teilnahm, und der anderen in Budapest – gestartet. Einige Ergebnisse, wie beispielsweise der Entwurf von Empfehlungen zur Förderung der Mobilität auf europäischer Ebene, um die grenzüberschreitende Mobilität von Studenten zu unterstützen, wurden bereits herausgegeben, andere, darunter der Entwurf einer Empfehlung des Rates zu Schulabbrechern, werden in Kürze folgen. Eine andere Vorzeigeeininitiative, die „*Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten*“, wurde am 24. November 2010 von der Kommission angenommen. Die Tatsache, dass die ETF ihr Arbeitsprogramm in den Kontext der Strategie „Europa 2020“ gestellt hat und gerade einen strategischen Ansatz für die Internationalisierung der Berufsbildung im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung ausarbeitet, wird begrüßt. Der Turin-Prozess trägt ebenfalls zur faktengestützten Politikgestaltung bei und stellt eine reale Unterstützung für den Kopenhagen-Prozess dar. Angesichts der kürzlich angenommenen Schlussfolgerungen des Rates und des Kommuniqués von Brügge von Dezember zeigt sich die Kommission erfreut, vor dem Hintergrund der internationalen Dimension dieses Prozesses auf die Unterstützung der ETF zählen zu können.

Der Vorsitzende erwähnt auch die wachsende Rolle von Bildung im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ angesichts der vom Europäischen Rat verabschiedeten Ziele, einer komplexen Aufgabe, die von der Kommission und den Mitgliedstaaten gemeinsam unterstützt werden sollte – auch unter Nutzung der neuen, durch das Europäische Semester angebotenen „Governance“. In der bevorstehenden Sitzung der hochrangigen Arbeitsgruppe, die in Budapest stattfinden wird, werden die Mitgliedstaaten die Prioritäten für den Zeitraum 2010–14 überprüfen und festlegen, wie sie die Arbeit der Kommission und des Rates im Bereich der Wirtschaftsreform positiv beeinflussen können. Bildung wird heute als Schlüsselaspekt für den wirtschaftlichen Aufschwung betrachtet. In diesem Zusammenhang müssen die Mitgliedstaaten ferner prüfen, welche Leistung sie im Vergleich zu den festgelegten nationalen Zielen erbringen, wie gut sie Bildung als Mittel zur Überwindung von Wachstumshindernissen einsetzen und wie sie mit der Kommission bei der Umsetzung der beiden oben genannten Vorzeigeeininitiativen kooperieren. Die Kommission wird jedes Jahr gegen Ende des ersten Semesters unter Berücksichtigung der von den einzelnen Mitgliedstaaten ausgearbeiteten nationalen Reformprogramme über die Wachstumsstrategien und Empfehlungen berichten.

Gerhard Schuman-Hitzler, Direktor, GD Erweiterung präsentiert die neuesten Entwicklungen in Bezug auf die EU-Erweiterungspolitik.

Im Dezember 2010, wenn der Auswärtige Dienst seine Tätigkeit aufnimmt, werden erhebliche Änderungen eintreten. Da es sich bei der Erweiterungspolitik nicht um Außenpolitik, sondern um eine Erweiterung der EU-Innenpolitik handelt, bleibt die Politik der GD Erweiterung Aufgabe der Kommission.

Im Herbst hat die Kommission Berichte über den Fortschritt der Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer herausgegeben und die Strategie für das kommende Jahr festgelegt. Im Rahmen des Anfang November verabschiedeten Erweiterungspakets hat die Kommission eine Stellungnahme zu zwei von drei Anträgen abgegeben (Albanien und Montenegro). Der Antrag von Serbien wird gegenwärtig noch geprüft.

In Bezug auf **Montenegro** vertritt die Kommission die Auffassung, dass das Land erhebliche Fortschritte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erzielt hat, dass dies aber nicht die automatische Eröffnung von Verhandlungen bedeutet. **Albanien** kann nach Ansicht der Kommission keine ausreichenden Fortschritte vorweisen, insbesondere im Hinblick auf die Stabilität der demokratischen Institutionen und das Funktionieren des Parlaments im Speziellen.

Von den anderen vier Kandidatenländern ist **Kroatien** am weitesten vorangeschritten, jedoch wurde noch kein konkretes Datum für den Abschluss der Verhandlungen festgesetzt. Justiz und Innenpolitik und die Bekämpfung des organisierten Verbrechens sowie die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia, ICTY) zählen zu den Schlüsselfaktoren. Das Land hat Fortschritte bei Aus- und

Weiterbildung erzielt: Es wurde ein strategischer Plan für die mittelfristige Entwicklung des Aus- und Weiterbildungssystems entwickelt und angenommen, jedoch sind weiterhin Anstrengungen in Bezug auf die Verwaltung des Programms für lebenslanges Lernen der Gemeinschaft sowie für das Programm „Jugend in Aktion“ von Nöten.

Die Verhandlungen mit der **Türkei** werden fortgesetzt, jedoch sind die Fortschritte hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Türkei hat ihren internen Reformprozess (Reform der Verfassung) fortgesetzt, jedoch muss weiter an den Grundrechten und der demokratischen Öffnung und Beteiligung aller Akteure gearbeitet werden. Ein sehr großes Problem besteht darin, dass die Türkei die Pflichten aus dem Ankara-Protokoll erfüllen sollte, in dem die Beziehung zwischen der Türkei und Zypern geregelt wird. Im Bildungsbereich ist die Gesamtschulbesuchsquote gestiegen. Ferner konnte das Land seine Leistung in Bezug auf die EU-Benchmarks verbessern.

In Bezug auf **Island** begann der Verhandlungsprozess mit einer Überprüfung des aktuellen Stands der nationalen Gesetze, um deren Anpassung an den Besitzstand der EU zu prüfen. Island hat den Vorteil, dass es bereits Mitglied des EWR ist. Es wurden Fortschritte im Bereich Aus- und Weiterbildung und Jugend registriert.

Die Beitrittsverhandlungen mit der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien** haben noch nicht begonnen. Die Kommission hat einen baldigen Beginn vorgeschlagen. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung sind einige Fortschritte zu verzeichnen, aber die Verwaltung des Programms für lebenslanges Lernen sowie „Jugend in Aktion“ lässt weiterhin zu wünschen übrig.

Der Rat wird im kommenden Jahr eine Stellungnahme zu **Serbien** unter Berücksichtigung der Fortschritte in der Zusammenarbeit mit dem ICTY sowie einer Analyse der Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens abgeben. Serbien hat Fortschritte im Bereich Aus- und Weiterbildung sowie bei der Anpassung an die internationalen Standards erzielt.

Was **Kosovo** (nach Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates) anbelangt, so liegt das Hauptproblem in dessen Beziehung zu Serbien, da Serbien die einseitige Unabhängigkeitserklärung nicht anerkannt hat und die EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage gespalten sind. Es gibt jedoch positive Zeichen. Aber solange der Status von Kosovo nicht geklärt ist, ist die Teilnahme dieses Landes an regionalen Foren schwierig zu organisieren.

Anfang 2011 könnte in **Bosnien und Herzegowina** infolge der Wahlen eine neue Regierung in Kraft treten. Die Lage in dem Land ist wegen der komplizierten Beziehung zwischen dem Staat und den verschiedenen Gemeinschaften schwierig. Die internationale Gemeinschaft ist nach wie vor präsent und es wird diskutiert, ob die EU die Führung übernehmen sollte. Es sind einige Fortschritte im Bereich Aus- und Weiterbildung zu verzeichnen, jedoch sind diese nicht ausreichend.

Finanzinstrument IPA

Das gegenwärtige Instrument erstreckt sich über die Periode bis 2013. Für die nächste Periode wird ein neues Instrument vorgeschlagen. Die Vorbereitungen sind mit einer Überprüfung der Funktionsweise des gegenwärtigen Systems und einer Evaluierung angelaufen. Ein wichtiger Faktor wird die Form und Größe des neuen Instruments sowie die beabsichtigte Beteiligung aller Akteure sein. Trotz der gegenwärtigen Finanzkrise stehen der EU ausreichende Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung, um die vereinbarten Aktivitäten in der Region umzusetzen. Die EU muss ihren Mehrwert unter Beweis stellen, was bedeutet, dass gemeinsam durchgeführte Aktivitäten effizienter und besser organisiert werden müssen.

Maurice Mezel (Frankreich) begrüßt die von der Kommission bereitgestellten Informationen und betont, wie wichtig es ist, dass die Ziele der Bildungssysteme mit denjenigen des Arbeitsmarkts verknüpft werden. *Jugend in Bewegung* und die *Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten* sind für die im Rahmen der Nachbarschaftspolitik entwickelten Aktivitäten von sehr großem Nutzen. Es ist wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission in den Partnerländern verstärkt wird. Er informiert darüber, dass gegen Ende November 2010 die Europa-Mittelmeer-Konferenz der Arbeitsminister in Belgien stattfinden wird, auf der die Themen Ausbildung von Jugendlichen und Dialog mit Sozialpartnern diskutiert werden sollen, und erwähnt den Beitrag der ETF.

Als Antwort auf eine Frage von **Nick Preston** (Vereinigtes Königreich) zur Bedeutung des Begriffs *Europäisches Semester* und wie dies mit den Trio-Präsidentschaften verknüpft ist, erklärt der **Vorsitzende**, dass eine Trio-Präsidentschaft drei aufeinander folgenden Ratspräsidentschaften entspricht, die sich auf ein Programm einigen, um somit Kontinuität und eine einfachere Planung der Aktivitäten zu ermöglichen. Das *Europäische Semester* ist mit der von den Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtung zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ verbunden, wobei wirtschaftliche und finanzielle Aspekte höchste Priorität haben. Dahinter verbirgt sich die Idee, einen Überblick über Wirtschaftstrends und deren Folgen für die Planung des Jahreshaushalts bereitzustellen und eine bessere Ausrichtung und Koordinierung der Volkswirtschaften der EU und der Haushaltsumsetzung zu erreichen. Erstmals ist Bildung ein integraler Bestandteil dieser Governance.

Ronan MacAongusa, GD RELEX, präsentiert aktuelle Informationen über den Stand der außenpolitischen Instrumente bezogen auf die Nachbarschaftsregion und Zentralasien sowie über die Prioritäten der Kommission in diesem Bereich.

Überprüfung der ENP 2010-11 als Follow-up zu den ENP-Fortschrittsberichten 2009

Die Kommission hat eine Mitteilung mit dem Titel „Die Europäische Nachbarschaftspolitik – eine Bestandsaufnahme“ angenommen, in der die ersten fünf Jahre der Umsetzung von 2004 bis 2009 überprüft und evaluiert werden. In dem Dokument werden die Fortschritte bei der Unterstützung von Sektorreformen und wirtschaftlicher Konvergenz hervorgehoben und Mängel in den Bereichen der politischen Reform und Governance identifiziert. Ferner wird darin der Schluss gezogen, dass große Herausforderungen anstehen. Das Fortschrittstempo ist davon abhängig, inwieweit die Partner zur Durchführung der notwendigen Reformen bereit sind, aber auch davon, mit welchem Nutzen die Partner innerhalb eines angemessenen Zeitraums aus der EU rechnen können.

In den Schlussfolgerungen des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ vom 26. Juli werden der Hohe Vertreter und die Kommission aufgefordert, über die zukünftige Umsetzung der ENP nachzudenken und zu diesem Zweck Konsultationen innerhalb der EU und mit ENP-Partnern als Vorbereitung für umfangreiche Erörterungen im Rat im ersten Halbjahr 2011 durchzuführen. Nach Annahme der Schlussfolgerungen wurden – zur Einleitung der Überprüfung der ENP – Schreiben an die Außenminister der EU und Partnerländer sowie an Mitglieder der Kommission versandt, in dem diese zur Stellungnahme aufgefordert wurden, wie sich die Politik kurz- und mittelfristig weiterentwickeln sollte. Der Konsultationsprozess umfasste Treffen mit den Botschaftern der Partnerländer, Think-Tank-Experten, den EU-Außenministern, dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, Vertretern der Zivilgesellschaft aus den Partnerländern usw.

Bei einem Treffen hoher Beamter der Partnerländer in Brüssel am 6. und 7. Oktober bestätigten alle Partner, dass sie den Konsultationsprozess begrüßen, und brachten ihr starkes Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen mit der EU, einer verstärkten wirtschaftlichen Integration (basierend auf einer Annäherung), einer vereinfachten Mobilität und zusätzlichen finanziellen Ressourcen für eine Zusammenarbeit zum Ausdruck. Alle unterstrichen die Wichtigkeit einer gemeinsamen Verantwortung und Differenzierung. Einige äußerten die Ansicht, dass die ENP zum EU-Beitritt (Ukraine, Moldau, Georgien), zu einer Modernisierung ihrer Länder (Aserbaidschan, Algerien) bzw. zu einer strategischen Partnerschaft (Ägypten, Jordanien) führen sollte. Mittelfristig besteht der Bedarf einer Fokussierung auf die Liberalisierung des Handels (landwirtschaftliche und agrarindustrielle Erzeugnisse), Visaliberalisierung, Zusammenarbeit der Sektoren im Bereich Verkehr (Netze), Energie, Klimawandel und erneuerbare Energien. Sie brachten ihr Interesse an einer Ausdehnung der Kohäsionspolitik zum Ausdruck und hoben die Wichtigkeit des kulturübergreifenden Dialogs hervor. Dieser Prozess soll durch stärkere politische Instrumente (gezieltere und an Benchmarks ausgerichtete Aktionspläne) und eine solidere finanzielle Zusammenarbeit unterstützt werden.

Bei einem Treffen am 5. November brachten zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Unterstützung für die ENP zum Ausdruck. Ferner forderten sie die EU auf, in dieser Hinsicht offener zu sein und ihren Einfluss in diesen Ländern nicht zu unterschätzen. Neue Anreize der EU sollten stärker an Reformfortschritte geknüpft sein, während die zwischen der EU und ihren Partnern ausgehandelten Aktionspläne gezielter sein müssten. Die Zivilgesellschaft bat um besseren Zugang zu Informationen über die ENP, und zwar nicht nur für NRO, sondern auch für die breite Öffentlichkeit. Sie forderten die Schaffung einer „**Fazilität zur Förderung der Zivilgesellschaft**“ (ähnlich derjenigen, die bereits in Erweiterungsländern entwickelt wird) zur Unterstützung ihrer täglichen Arbeit auf diesem Gebiet.

Die Kommission wird die wichtigsten Schlussfolgerungen dieser Überprüfung in einer Mitteilung darlegen, die am 20. April 2011 herausgegeben wird und die Grundlage für umfangreiche Diskussionen in Rat und Parlament bilden soll. Die Kommission beabsichtigt, die sich durch den Vertrag von Lissabon eröffnenden, neuen Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen und den Beitrag der ENP zu den längerfristigen Zielen der EU, einschließlich der Agenda 2020, zu optimieren.

Östliche Partnerschaft

Herr MacAongusa betont die Tatsache, dass die Östliche Partnerschaft darauf ausgerichtet ist, Stabilität, eine bessere Governance und wirtschaftliche Entwicklung an den östlichen Grenzen der EU sicherzustellen, und zwar durch Unterstützung von sechs Ländern in ihren Annäherungsbemühungen an die EU.

Die Arbeiten auf bilateralem und multilateralem Weg schreiten voran. Der bilaterale Weg konzentrierte sich auf Diskussionen und Verhandlungen über die Erweiterung der vertraglichen Beziehungen im Rahmen neuer Assoziierungsabkommen, die tiefgehende und umfassende Freihandelsabkommen beinhalten. Insgesamt konnten bei den Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der **Ukraine** erhebliche Fortschritte erzielt werden. Nahezu alle Kapitel zu Themen der wirtschaftlichen und sektoriellen Zusammenarbeit, einschließlich Aus- und Weiterbildung, sind vorläufig abgeschlossen. Bei den Verhandlungen über ein tiefgehendes, umfassendes Freihandelsgebiet sind noch erhebliche Arbeiten auf fachlicher Ebene erforderlich.

Mit der Republik **Moldau** wurden im Januar 2010 Verhandlungen aufgenommen, die rasch vorankommen. Im Juli begannen auf der Grundlage der im Mai vom Rat erteilten Mandate Verhandlungen mit Armenien, Aserbaidschan und Georgien.

Im Rahmen des „Comprehensive Institution Building Programme“ (CIB) wurde im Mai eine erste Vereinbarung mit der Republik **Moldau** und im Oktober ein CIB-Rahmendokument mit der **Ukraine** unterzeichnet.

Auf dem multilateralen Weg fand während des Zeitraums Oktober bis November die vierte Konferenzrunde aller vier Plattformen in Brüssel statt. Die Arbeit der ETF wurde im Rahmen von Plattform 2 (Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik) analysiert und erörtert. Auf dem Plattform 2-Treffen am 10. November gaben die GD EMPL und die ETF Rückmeldung über die Ergebnisse der regionalen Beschäftigungskonferenz, die am 20. und 21. Oktober 2010 in Odessa stattfand. Die Erkenntnisse der kürzlich veröffentlichten Arbeitsmarktanalysen in der Schwarzmeerregion wurden diskutiert und in direkten Zusammenhang zu den Problemen der politischen Planung im Hinblick auf die Humankapitalentwicklung durch die Regierungen der Länder der Östlichen Partnerschaft gestellt. Ferner wurde über Beschäftigungschancen, Kompetenzen und Mobilität im Kontext der EU-Agenda „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ diskutiert. Es wurde ferner ein aktualisiertes Arbeitsprogramm vorgestellt und vereinbart, die Einrichtung eines KMU-Gremiums in Betracht zu ziehen. Die Kommission und die ETF werden bis Anfang 2011 ein Dokument ausarbeiten, um die verschiedenen Prioritäten für die künftige Arbeit der Plattform festzulegen, die im Rahmen der Zusammenarbeit im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik abgedeckt werden sollen.

Im Rahmen von Plattform 4 fand am 25. Oktober in Kiew ein Seminar über die Jean-Monnet-Aktion zur Förderung von Hochschullehre und Forschungsprojekten zur europäischen Integration statt. Ferner wurde in Chisinau ein Seminar über das eTwinning-Programm für Schulen abgehalten, an dem auch Russland teilnahm. Schwerpunkt des Treffens der Plattform am 13. Oktober war Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften.

Das Forum der Zivilgesellschaft (Civil Society Forum, CSF) hat sich zu einem der aktivsten Aspekte der Östlichen Partnerschaft entwickelt. Es unterteilt sich in vier Arbeitsgruppen (Zuständigkeitsbereich spiegelt jeweils die Plattformen der östlichen Partnerschaft wider), die im September/Oktober 2010 in Brüssel zusammentraten. Vertreter des CSF waren zur Frühjahrsrunde der Plattformtreffen eingeladen und werden allmählich in die Aktivitäten der Östlichen Partnerschaft eingebunden (Antikorruptionsgremium, KMU-Gremium, Umweltschutzgremium).

Das zweite Treffen des Forums fand am 18. und 19. November 2010 in Berlin mit der Teilnahme von 230 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter 160 aus Ländern der Östlichen Partnerschaft, 60 aus der EU und 10 aus Drittländern (Russland), statt. Dabei wurde Bilanz hinsichtlich der Umsetzung der Östlichen Partnerschaft gezogen, Regeln über die Funktionsweise, den Aufbau und die Ziele des CSF ausgearbeitet und Empfehlungen verfasst, die auf dem Ministertreffen der Östlichen

Partnerschaft und zukünftigen Treffen der Plattformen der Östlichen Partnerschaft präsentiert werden sollen.

Für das Außenministertreffen der Östlichen Partnerschaft, das Ende 2010 stattfinden soll, wurde ein Fortschrittsbericht über die Arbeiten aller Plattformen der Östlichen Partnerschaft vorbereitet.

Aktuelle Informationen über den Stand und die neuen ENP-Aktionspläne 2010-15

Für die **Ukraine** wurde im Oktober eine neue Assoziierungsagenda als Ersatz für den gegenwärtigen Aktionsplan angenommen, um das Inkrafttreten des zukünftigen Assoziierungsabkommens zu vereinfachen. Es enthält aktualisierte Bestimmungen zu Aus- und Weiterbildung und Jugend im Einklang mit den neuesten Entwicklungen innerhalb der EU-Politik. Ein vergleichbares Dokument wird gerade mit der Republik **Moldau** ausgehandelt. Im November wurden die Verhandlungen über einen Aktionsplan der zweiten Generation mit **Jordanien** mit ähnlichen aktualisierten Bestimmungen abgeschlossen, über einen weiteren wird gerade noch mit **Tunesien** verhandelt. Ferner wird gerade ein neuer Aktionsplan, der die Umsetzung des *Statut Avancé* begleiten soll, mit **Marokko** ausgehandelt.

Verhandlungen mit Libyen

Die 9. Verhandlungsrunde fand im November 2010 in Tripolis statt. Im Rahmen dieser Runde wurden die Verhandlungen über die Artikel für die Zusammenarbeit in den Bereichen **Aus- und Weiterbildung, Kultur** und **Tourismus** abgeschlossen. Die Ratsarbeitsgruppe Maghreb/Mashrek und der Besondere Ausschuss gemäß Artikel 133 wurden über Einzelheiten des Verfahrens unterrichtet. Ziel ist es, die Verhandlungen sobald wie möglich im Einklang mit den Bedingungen des Verhandlungsmandats 2011 abzuschließen.

Union für den Mittelmeerraum

Das Sekretariat für die Union für den Mittelmeerraum wurde im Mai in Barcelona eingerichtet und am 12. November einigte man sich auf dessen Haushaltsplan 2011 (6,2 Mio. EUR). Alle Partner der Union wurden um Beiträge gebeten, da eine Kofinanzierung die Voraussetzung für einen Beitrag der EU zu den operativen Kosten des Sekretariats darstellt. Die Regelmäßigkeit der Fach- und Ministerkonferenzen ist nach wie vor Bedingung für regionale politische Entwicklungen, insbesondere im Rahmen des Friedensprozesses im Nahen Osten. Der geplante Gipfel der Union für den Mittelmeerraum wurde erneut verschoben. Mit den Mitgliedstaaten einigte man sich vorläufig auf ein Regionales Richtprogramm für ENP Süd für den Zeitraum 2011-13, das Ende 2010 verabschiedet werden soll. Es sieht die Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Umwelt, Bevölkerungsschutz, Hochschulbildung und Kultur vor.

ii. Trends und Entwicklungen bei der ETF

Madlen Serban stellt die Aktivitäten vor, die von der ETF seit der letzten Vorstandssitzung am 14. Juni 2010 durchgeführt wurden.

Faktengestützte Politikgestaltung

Frau Serban betont die Wichtigkeit der faktengestützten Politik für die ETF. Der Turin-Prozess wurde durch Entwicklungen auf EU-Ebene, insbesondere durch den Kopenhagen-Prozess, angeregt. 2010 wurden 27 Berichte verfasst. 21 Partnerländer wurden durch den Turin-Prozess abgedeckt, wobei für Kroatien, die Türkei und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien Brücke-Berichte bereitgestellt und auf Anforderung der GD EMPL Berichte über die Humanressourcenentwicklung für Albanien, Montenegro und Serbien erstellt wurden. Ebenfalls 2010 leitete die ETF mit Unterstützung von EU-Delegationen aus drei Partnerländern (Republik Moldau, Kosovo (nach Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates) und Kasachstan) einen Koordinierungsprozess mit Gebern im Bereich Berufsbildung ein, der auf eine bessere Planung und Koordinierung abzielt. Am 3. und 4. November 2010 fand eine internationale Konsultation über faktengestützte Politikgestaltung und Aufbau von Kapazitäten statt, an der Vorstandsmitglieder aus Litauen, Schweden und Slowakei und einer der Vertreter der vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen teilnahmen. Ziel dieser Konsultation war die Unterstützung der Umsetzung von Aktivitäten im Jahr 2011 und die Vorbereitung der für 2012 geplanten Maßnahme im Rahmen des Turin-Prozesses.

Die Berichte der Länder zum Thema „Bildung und Wirtschaft“ für die Studie über die Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft, die nach Anforderung der GD EAC durchgeführt wurde, stehen kurz

vor der Fertigstellung. Die Entwürfe der regionalen Berichte für eine am 13. und 14. Dezember 2010 geplante Konsultation werden gerade erstellt. Die Ergebnisse sollen auf der ETF-Konferenz, die im Mai 2011 in Turin stattfindet, vorgestellt und erörtert werden.

Regionale Aktivitäten des IPA

Die ETF wurde von der GD Erweiterung mit der Unterstützung der Diskussionen mit den Empfängerländern im westlichen Balkan und der Türkei über die Gestaltung des Programms *Inclusive education and private sector development and human resources* (IPA-Mehrländerprogramm 2012) im Rahmen des Regionalen Sektorplans 2011-13 der GD ENL beauftragt. Frau Serban dankt den türkischen Behörden dafür, dass sie die Gastgeberrolle für die regionale Veranstaltung, die sich mit der sozialen Integration im westlichen Balkan und der Türkei befasst, übernehmen. Im Rahmen des Projekts *Gegenseitiges Lernen*, einer Peer-Learning-Aktivität zum Thema Qualitätsmanagement und Selbstbewertung als Instrumente zur Qualitätsverbesserung in der Berufsbildung: Lernen aus der Erfahrung und Praxis in Ungarn, wurde im September 2010 ebenso organisiert wie zwei Studienbesuche in Österreich (im Hinblick auf Aktivierungsmaßnahmen) und den Niederlanden (im Hinblick auf post-sekundäre Berufsbildung).

Regionale Aktivitäten von ENP Süd

Frau Serban berichtet über das Projekt zu regionalen Qualifikationen, in dessen Rahmen am 23. und 24. November ein Treffen in Amman, Jordanien, organisiert wurde, um die Ergebnisse der sektoriellen regionalen Vergleichsmatrix auszutauschen. In den beiden ausgewählten Sektoren, Tourismus und Bauwesen, werden gerade Aktivitäten in Zusammenarbeit mit Akteuren aus den Partnerländern entwickelt. Das unternehmerische Lernprojekt zur berufsorientierten Hochschulbildung wurde abgeschlossen. Vom 24.-26. November wird in Turin eine Informationsverbreitungsveranstaltung stattfinden, auf der künftige Prioritäten ermittelt werden sollen. Die ETF organisiert am 9. und 10. Dezember 2010 in Rom in Zusammenarbeit mit dem italienischen Außenministerium eine Konferenz über Beschäftigungschancen. Einladungen wurden an alle Botschaften von EU-Mitgliedstaaten in Rom verschickt. Die ETF hat ferner Beiträge für Aktivitäten geliefert und an Veranstaltungen, die von der französischen Kopräsidentschaft der Union für den Mittelmeerraum organisiert wurden, sowie an Aktivitäten des Marseiller Zentrums teilgenommen (Teilnahme an von der Weltbank in Marseille organisierten Konferenzen über Qualifikationen, Beschäftigungschancen und Migration und deren Jahresversammlung). Als Anerkennung für ihre Aktivitäten, die sie seit vielen Jahren in der Region durchführt, wurde die ETF zum Weltwirtschaftsforum für den Nahen Osten und Nordafrika (26.-28. Oktober 2010 in Marrakesch) sowie zur *Globalen Bildungsinitiative* – Runder Tisch zum Thema Unternehmerisches Lernen (24. Oktober ebenfalls in Marrakesch) eingeladen.

Regionale Aktivitäten von ENP Ost

Die regionale Konferenz über *Trends und Herausforderungen für die Arbeitsmärkte und Beschäftigungschancen für das Humankapital in den sechs östlichen Partnerländern* wurde am 20. und 21. Oktober 2010 in Odessa (Ukraine) organisiert. Hierbei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative von GD EMPL und ETF im Rahmen des Arbeitsprogramms 2009-11 der Plattform 2 „Wirtschaftliche Integration und Konvergenz mit der EU-Politik“ der Östlichen Partnerschaft. Das Treffen bot die Möglichkeit, die Ergebnisse der Überprüfungen der Arbeitsmärkte in der Schwarzmeerregion zu erörtern. DG EMPL und ETF berichteten auf dem Plattform 2-Treffen am 10. November 2010 über die Ergebnisse der regionalen Konferenz und wurden gebeten, Vorschläge für zukünftige regionale Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik auszuarbeiten.

Die ETF hat an der Konferenz *Das Jean Monnet-Programm und die Östliche Partnerschaft*, die von der GD EAC am 25. und 26. Oktober 2010 in Kiew im Rahmen des Programms 2009-11 für Plattform 4 der Östlichen Partnerschaft organisiert wurde, teilgenommen. Dies eröffnete die Möglichkeit zur Vorstellung des Dialogs über Netzwerke und Politik, der von der ETF in all ihren Partnerländern entwickelt wurde.

Regionale Aktivitäten des DCI

Im September 2010 wurde für die Sachverständigen aus Zentralasien ein Studienbesuch in den Niederlanden organisiert, um die Rollen und Verantwortlichkeiten der Sozialpartner in der fachlichen Berufsbildung vorzustellen.

Themenbezogenes Fachwissen

Ein internationales Seminar zum Thema Berufsbildung und nachhaltige Entwicklung wurde am 22. und 23. November 2010 in Turin organisiert. Frau Serban dankt Sara Parkin, einer vom Europäischen Parlament ernannten unabhängigen Sachverständigen, für ihren Sachverständigenbeitrag zu den Diskussionen. Eine weitere Veranstaltung zur Validierung der Ergebnisse und Ideen, die aus der Arbeit der ETF resultieren, war *Verknüpftes Lernen: Können Optionen in der post-sekundären Berufsbildung einen Unterschied ausmachen?*, die am 25. und 26. Oktober 2010 in Turin stattfand. Die Europäische Kommissarin für Bildung und Kultur, Androulla Vassiliou, nahm daran teil. Die ETF organisierte ferner am 3. und 4. November 2010 in Turin ein internationales Seminar zum Thema *Lehrlingsausbildung – ein erprobter Weg für den Übergang von der Schule in den Beruf*, auf dem präsentiert wurde, inwieweit die Lehrlingsausbildung als Instrument für den Übergang von der Schule in den Beruf betrachtet werden kann.

Audit

Der Rechnungshof und der Interne Auditdienst haben entschieden, der ETF in Anbetracht der Tatsache, dass die ETF eine ausgereifte und gut organisierte Agentur ist, ab 2010 nur noch einen Besuch pro Jahr abzustatten.

Planung und Überwachung

Der effizienzorientierte Management-Rahmen wurde entwickelt. Hierzu wurden die Strategien in Bezug auf Planung, Überwachung und Evaluierung, Risikomanagement und organisationsinterne Leistungsindikatoren überarbeitet und das *Dashboard* als Datenintegrator zur Unterstützung aller Informationen über ETF-Projekte entwickelt. Das Arbeitsprogramm 2011 wird das erste Programm sein, für das dieses System zur Berichterstattung und Überwachung genutzt wird. Alle strategischen Dokumente sind im zugriffsbeschränkten Bereich des Vorstands der ETF-Website verfügbar. Die Mitglieder werden gebeten, bis 29. November 2010 Bemerkungen oder Vorschläge hierzu abzugeben.

Stakeholder Relationship Management

Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament. Drei Mitglieder des Europäischen Parlaments, angeführt vom Vorsitzenden des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, besuchten die ETF vom 3. bis 5. November 2010 und führten fruchtbare Diskussionen mit ETF-Mitarbeitern. Die ETF präsentierte den parlamentarischen Delegationen am 29. September 2010 die Ergebnisse der *Eastern Partnership Employment Reviews: the cross-country findings on Armenia, Azerbaijan, Belarus, Georgia, Moldova, Ukraine*.

Zusammenarbeit mit EU-Organen. Vertreter des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses nahmen an verschiedenen Veranstaltungen der ETF teil und die ETF beteiligte sich am jährlichen Gipfel des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses mit einer Präsentation über die Sozialpartnerschaft und die Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft. Die ETF stellte im Juli 2010 bei der Fachkommission CIVEX des Ausschusses der Regionen eine Präsentation über die Entwicklung des Humankapitals in der Region ENP Ost vor.

Zusammenarbeit mit Institutionen der EU-Mitgliedstaaten. Frau Serban dankt den Vorstandsmitgliedern zur Vertretung Belgiens für die angebotene Unterstützung und für ihre Teilnahme an Veranstaltungen der ETF. Zu den von der Ratspräsidentschaft veranstalteten Veranstaltungen, zu denen Mitarbeiter der ETF beitrugen, gehören:

- Sitzung der für Berufsbildung zuständigen Generaldirektoren, 22.-23. September 2010
- Konferenz *Breaking the cycle of disadvantage - inclusion in and through education*, 28.-29. September 2010
- Konferenz *Jugend in Bewegung*, Antwerpen, 5. Oktober 2010
- Internationaler Workshop über *Entrepreneurial education in non-economic subjects*, 19. Oktober 2010
- Konferenz *Active labour market policies for the EU2020 Strategy: ways to move forward*, 28.-29. Oktober 2010

- Konferenz über *Legal immigration*, 26. November 2010
- Konferenz über *Qualitätssicherung und Transparenz als Schnittstellen zwischen beruflicher Bildung, Schulen und Hochschulwesen, um Mobilität und lebenslanges Lernen zu fördern*, 5.-6. Dezember 2010
- Informeller Ministerrat für Allgemeine und Berufliche Bildung: *Für eine verbesserte Zusammenarbeit in der beruflichen Aus- und Weiterbildung*, 7. Dezember 2010

Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten. Es wurden verschiedene Aktivitäten unter Beteiligung von Institutionen aus EU-Mitgliedstaaten entwickelt, einschließlich Teilnahme von Vorstandsmitgliedern und anderen nationalen Sachverständigen an Veranstaltungen der ETF (Punkt 12 der Tagesordnung), Austausch von Informationen über einen Fragebogen zu wichtigen Themen und Partnerländern, Präsentationen und/oder Erörterungen mit den Vorstandsmitgliedern über Möglichkeiten zur Verstärkung der Zusammenarbeit (Belgien, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Vereinigtes Königreich), Organisation von Studienbesuchen in EU-Mitgliedstaaten für Vertreter aus Partnerländern (Punkt 12 der Tagesordnung).

Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Des Weiteren beteiligte sich die ETF an Aktivitäten der von der UNESCO koordinierten agenturenübergreifenden Arbeitsgruppe Berufsbildung und übernahm dabei eine aktive Rolle. Die ETF war Gastgeber der Arbeitsgruppe Unternehmerisches Lernen am 3. und 4. September 2010 sowie der Arbeitsgruppe Indikatoren am 17. November 2010. Außerdem wurde die ETF gebeten, eine Peer-Learning-Maßnahme mit dem Thema Übergang in den Beruf und wichtige Fragen der Berufsbildung am 17. und 18. November 2010 in Turin für UNESCO-Sachverständige, die in verschiedenen Regionen tätig sind, zu organisieren. Zusammen mit der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) rief die ETF eine Diskussionsreihe über die Zusammenarbeit im Libanon auf dem Gebiet Unternehmerisches Lernen ins Leben. Die ILO wandte sich aufgrund ihres Interesses an Indikatoren für den Unternehmergeist bei Frauen an die ETF. Die ETF setzt den fachlichen Austausch von Informationen und Erfahrungen im Hinblick auf Initiativen zur Humankapitalentwicklung mit der Weltbank fort. In der nächsten Periode soll der Schwerpunkt auf die Entwicklung von Kompetenzen gelegt werden. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Erlernen der unternehmerischen Grundhaltung wurde die ETF von der Globalen Bildungsinitiative aufgefordert, der Arbeitsgruppe beizutreten, die vom Runden Tisch zum Thema Unternehmerisches Lernen und der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development, UNCTAD) organisiert wird, um an dem Ad-hoc-Sachverständigentreffen zum Thema *Enterprise development policies and capacity-building in science, technology and innovation* am 21. Juni 2010 in Genf teilzunehmen. Ferner nahm die ETF vom 18.-20. Oktober an dem OECD-Seminar *Universities, Skills and Entrepreneurship* in Trient teil.

Kommunikation und Sichtbarkeit

Es wurden verschiedene Maßnahmen durchgeführt, um die Sichtbarkeit der ETF zu erhöhen und die Kommunikation mit allen Akteuren zu verbessern. Hierzu zählen die Vorstellung der neuen ETF-Publikation *Innovative Vocational Schools* auf der Internationalen Buchmesse in Frankfurt (Deutschland) am 5. Oktober, die Veröffentlichung eines Artikels in der Financial Times am 10. Oktober, in dem die Rolle der ETF im Bereich Unternehmerisches Lernen in Ägypten hervorgehoben wurde, sowie die Ausstrahlung eines positiven Berichts über die ETF und ihre Aktivitäten durch Euronews (wurde zwischen dem 2. und 7. November 30 Mal gesendet). 2011 wird die ETF an einer Ausstellung teilnehmen, die gemeinsam von allen EU-Agenturen beim Europäischen Parlament in Brüssel organisiert wird, um ihre Aktivitäten und Ergebnisse zu präsentieren. Die ETF ist federführend für das Thema „Bildung, Wirtschaft und Innovation und Wachstum“ im Namen von acht Agenturen zuständig.

Das Referat Kommunikation unterstützte die Organisation von ETF-Veranstaltungen auf regionaler und Organisationsebene und bereitet gerade eine Konferenz zum Thema *Social Inclusion and Combating Poverty through Cooperation in Education, Training and Work in EU neighbouring countries* vor, bei der Vertreter aus 29 Ländern, internationalen Organisationen und anderen Institutionen und Netzwerken zusammenkommen werden. Die Veranstaltung findet am 2. und 3. Dezember beim Europäischen Parlament in Brüssel statt.

Funktionelle und institutionelle Reform der operativen Abteilung

Die funktionelle und institutionelle Reform der operativen Abteilung wurde angenommen, um die Umsetzung des Arbeitsprogramms 2011 zu unterstützen und ihren Beitrag zur Steigerung der Effizienz und Effektivität zu optimieren. Die neue Struktur gilt ab 1. Januar 2011. Jedoch wird die funktionelle Analyse fortgesetzt, um die gegenwärtig von der Abteilung genutzten Schlüsselprozesse zu untersuchen. Ein externer Berater soll eine objektive Einschätzung sowie Vorschläge für Prozessabläufe, Rollen und Verantwortlichkeiten abgeben.

Da es zu den Aufgaben des Vorstands gehört, das Organigramm der ETF zu genehmigen, wird auf der nächsten Vorstandssitzung eine neue Version unter Berücksichtigung aller durchgeführten Analysen zur Genehmigung vorgelegt. Die organisationsseitige Perspektive der funktionellen Reform wird sichergestellt, indem die in der Verwaltungsabteilung durchgeführten Pilotarbeiten in Bezug das dezentralisierte Finanz- und Beschaffungsmanagement sowie die aus den gegenwärtigen Arbeiten im Bereich Verfahrenstechnik resultierenden Empfehlungen berücksichtigt werden.

Administration

Im Oktober 2010 migrierte die ETF ihr Finanzmanagement auf eine neue ICT-Plattform mit der Bezeichnung ABAC, einem von der Kommission verwalteten Online-Finanzmanagement- und Rechnungsführungssystem, das von der Mehrheit der EU-Institutionen und sonstigen Organen genutzt wird. Dies führt zu erheblichen Verbesserungen der Effizienz und Compliance im Finanzmanagement. Daneben implementiert die ETF gerade ein HR-Informationssystem mit der Bezeichnung Allegro. Hierbei handelt es sich um ein Standardsystem, das von dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt in Alicante an die Anforderungen der EU-Agenturen angepasst wurde. Die ETF hat somit eine effiziente und kostengünstige Lösung für ihre HR-Informationsanforderungen gefunden und eine Konstellation bestehend aus mehr als 10 Datenbanken und Anwendungen durch ein einziges integriertes System ersetzt.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Ende 2010 auslaufenden Vertrags der ETF mit dem Konsortium, das den ETF-Sitz Villa Gualino verwaltet, wurden angesichts der ausstehenden Verlängerung der vertraglichen Vereinbarungen des Konsortiums mit der Region Piemont verschoben. Diese wurde vereinbart, aber noch nicht formalisiert. Der ETF wurde zugesichert, dass der gegenwärtige Vertrag vor Jahresende um einen weiteren Zeitraum von sechs Monaten verlängert werden soll, sodass in der ersten Hälfte 2012 genügend Zeit für Verhandlungen zur Verfügung steht.

Insgesamt 15 neue Mitarbeiter sind 2010 in die ETF eingetreten, darunter 11 Sachverständige auf dem Gebiet Humankapitalentwicklung (davon zwei abgeordnete nationale Sachverständige). Insgesamt 10 Mitarbeiter haben die ETF 2010 verlassen, darunter zwei Sachverständige für Humankapitalentwicklung. 2010 verzeichnete die ETF eine erhebliche Steigerung ihrer Wissenskapazität und eine Änderung in der Personalstruktur mit einem Gesamtanstieg der Kompetenzstellen.

iii. Sachstandsbericht zur belgischen, ungarischen und polnischen EU-Ratspräsidentschaft

Micheline Scheys (Belgien) stellt die wichtigsten Ziele sowie die von der belgischen Ratspräsidentschaft organisierten Veranstaltungen vor. Die Prioritäten der Ratspräsidentschaft waren: Berufsbildung, Erwerb von Grundkompetenzen, Bildung für nachhaltige Entwicklung und *Jugend in Bewegung*. Für jede Priorität wurden Schlussfolgerungen des Rates ausgearbeitet, die in der Sitzung des Rates vom 19. November angenommen wurden. In Bezug auf die Berufsbildung zog die Ratspräsidentschaft – mit Unterstützung durch Cedefop und ETF – Bilanz des Kopenhagen-Prozesses. Die fünf auf Berufsbildung bezogenen Prioritäten, die von der Ratspräsidentschaft verfolgt wurden, waren: *Qualitätssicherung, Permeabilität zwischen Berufsbildung, Hochschulbildung und allgemeiner Bildung, Relevanz der Berufsbildung im Hinblick auf sich ändernde Anforderungen des Arbeitsmarkts, Partnerschaft mit Stakeholdern und Kommunikation mit der breiteren Öffentlichkeit.*

Die Sitzung der für Berufsbildung zuständigen Generaldirektoren fand im September statt, der Rat wird die Prioritäten für die Zusammenarbeit im Bereich Berufsbildung für 2011-20 am 19. November verabschieden, ein informelles Ministertreffen wurde am 7. Dezember in Brügge organisiert und die Konferenz der öffentlichen Arbeitsverwaltungen findet am 1. Dezember in Brüssel statt. Im Hinblick auf den Erwerb von Grundkompetenzen wird in den Schlussfolgerungen des Rates darauf hingewiesen, dass das Niveau der Grundkompetenzen im Rahmen der europäischen

Zusammenarbeit bei Schulen für das 21. Jahrhundert gesteigert werden muss. In den Schlussfolgerungen des Rates zur nachhaltigen Entwicklung wird die wichtige Rolle betont, die Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich spielen. Die Aktion *Jugend in Bewegung* wurde am 15. September 2010 mit Betonung auf die dringend erforderliche sektorübergreifende Politikgestaltung ins Leben gerufen. Zu weiteren Themen, mit denen sich die Ratspräsidentschaft befasste, zählten die Hochschulbildung, das Leonardo da Vinci-Programm, Veranstaltungen zum Thema Aus- und Weiterbildung, Mobilität, Exzellenz der Ausbildung usw.

Gyorgy Szent-Leleky (Ungarn) präsentiert die vorgeschlagenen Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft, obwohl diese noch abschließend festzulegen sind. Ungarn beabsichtigt, die Roma-Strategie, Energiefragen, das Thema Erweiterung und die EU-Haushaltsprobleme als Hauptziele anzugehen. Die Hauptpriorität der ungarischen Ratspräsidentschaft im Bereich Bildung bezieht sich auf den Beitrag von Aus- und Weiterbildung zu den Prioritäten, Zielen und Vorzeigeeinitiativen der Strategie „Europa 2020“. Im Bereich von Aus- und Weiterbildung sollen die folgenden Themen entwickelt werden:

- Berufsbildung mit Schwerpunkt auf zwei Prioritäten: a) *Erhöhung der Attraktivität und Relevanz der Berufsbildung*. Die Sitzung der Generaldirektoren ist geplant für 16.-18. Mai 2011 in Budapest mit einer Bilanz von ECVET, EQAVET und EQF, gefolgt von einer hochrangigen Konferenz über die Erhöhung der Attraktivität und Exzellenz der Berufsbildung durch Qualität und Effizienz; b) *Sensibilisierung für die Wichtigkeit und den Wert von Erwachsenenbildung* wird Thema der Abschlusskonferenz zum Aktionsplan für Erwachsenenbildung sein, die vom 7.-9. März 2011 stattfinden wird.
- In Bezug auf die allgemeine Bildung liegt der Schwerpunkt auf aktivem Bürgersinn, frühkindlicher Bildung, Bekämpfung des Schulabbruchs, Talentförderung, Indikatoren und Benchmarks und dem Gesichtspunkt des lebenslangen Lernens.

Eine Konferenz über den Europäischen Qualifikationsrahmen wird in Zusammenarbeit mit der Kommission organisiert, wobei die ETF die Teilnahme von Vertretern aus den Partnerländern unterstützen wird.

Jerzy Wiśniewski (Polen) stellt kurz die Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft vor. Derzeit sind intensive Verhandlungen innerhalb der polnischen Regierung und der Europäischen Kommission im Gange, um das Programm endgültig festzulegen. Die Eckpunkte des Kalenders für die Ratspräsidentschaft sollen auf dem in Budapest stattfindenden hochrangigen Treffen vorgestellt werden. Wichtigstes Element ist eine über die gewöhnliche Definition hinausgehende Mobilität, die einen Wissensaustausch und Freiwilligendienste unter Jugendlichen einschließt. Es besteht die Absicht, Vertreter aus Ländern der Östlichen Partnerschaft in die Aktivitäten einzubinden. Es soll auf Fremdsprachenkenntnisse als Instrument zur Förderung der Mobilität sowie als Schlüsselkompetenz eingegangen werden. Eine Konferenz über eine effektive Politik zur Förderung der Kompetenzen von Jugendlichen ist für November 2011 geplant. Diese Konferenz soll eine Plattform für Diskussionen zwischen Forschern und politischen Entscheidungsträgern, aber auch für Diskussionen über die Praxis und die Funktionsweise einer faktenbasierten Politik bereitstellen.

Sobald der Kalender der Ratspräsidentschaft abschließend festgelegt ist, wird er an die Vorstandsmitglieder verteilt.

Guidobondo Cavalchini (Italien) dankt Madlen Serban für ihr Engagement im Bereich Aus- und Weiterbildung und hebt dabei die globale Vision aller Aspekte der Berufsbildung hervor. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, auf die einige Länder in der Mittelmeerregion bei der Sicherstellung einer guten Zusammenarbeit mit den lokalen Unternehmen im Bereich Unternehmerisches Lernen gestoßen sind. Ferner betont er, wie wichtig es ist, dass die Berufsbildung in der Balkanregion mit den Problemen im Zusammenhang mit Migration und der regionalen Zusammenarbeit verknüpft wird. Herr Cavalchini betont, dass das italienische Außenministerium, wie von Frau Serban erwähnt, die im Dezember zu organisierende Veranstaltung über Beschäftigungsprobleme in der Region ENPI Süd mitorganisiert, und erinnert daran, dass die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten in Rom zu der Veranstaltung eingeladen wurden. Als Antwort darauf hebt **Herr Schuman-Hitzler** die Wichtigkeit einer regionalen Zusammenarbeit hervor und weist darauf hin, dass die GD Erweiterung an einer verstärkten Zusammenarbeit in der Balkanregion arbeitet. Die ungarische Ratspräsidentschaft wird ihr Augenmerk auf die regionale Zusammenarbeit in der Donauregion in den Bereichen, Berufsbildung, Bildung und Arbeitsmarkt richten.

5. Kooperationsvereinbarung mit anderen Organisationen

Xavier Matheu de Cortada stellt die Kooperationsvereinbarungen vor, die als Ergebnis von Diskussionen und Verhandlungen mit verschiedenen Organisationen (Institutionen von EU-Mitgliedstaaten, Institutionen von Partnerländern und internationale Organisationen) zur Annahme vorgeschlagen werden.

Vereinbarung zwischen ETF und Inwent Deutschland. Die allgemeinen Ziele bestehen darin, die Koordinierung der Aktivitäten zur Förderung und Unterstützung der Entwicklung von Berufsbildung in den Partnerländern zu unterstützen. Es wurden vier Themenbereiche im Rahmen des Wissensaustauschs im Bereich Berufsbildung entwickelt: Erwachsenenbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, lebenslanges Lernen, Europäischer Qualifikationsrahmen. Die Zusammenarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung ist nicht mit der Zuteilung zusätzlicher Mittel oder Ressourcen durch eine der Organisationen im Hinblick auf die Unterstützung und Umsetzung der daraus resultierenden Aktivitäten verbunden.

Protokoll über die Umsetzung gemeinsamer Tätigkeiten der ETF und des staatlichen Planungsausschusses in Syrien. Der Text des Protokolls wurde auf Anfrage der syrischen Behörden entworfen, um deren Teilnahme am Turin-Prozess sicherzustellen. Vorrangiges Ziel der Zusammenarbeit im Zeitraum 2010-11 ist die Umsetzung des Turin-Prozesses zur Überprüfung der Politik im Bereich Berufsbildung und das Berufsbildungssystem in Syrien.

Vereinbarung zwischen ETF und ILO über unternehmerisches Lernen im Libanon und Vereinbarung zwischen ETF und UNESCO über unternehmerisches Lernen im Libanon. Die allgemeinen Ziele bestehen darin, Synergien zwischen Aktivitäten zur Förderung und Unterstützung der Entwicklung von unternehmerischem Lernen im Libanon zu unterstützen, gemeinsam Empfehlungen an politische Entscheidungsträger im Libanon zu geben und einen regelmäßigen Informationsaustausch sicherzustellen. Die ILO stellt ihr Modul „Know About Business“ zur Verwendung, Anpassung und Umsetzung durch die ETF innerhalb einer Gruppe von vereinbarten Schulen und/oder Institutionen zur Verfügung. Die ETF und die ILO werden gemeinsam das Modul „Know About Business“ oder ein angepasstes Modul mit dem Ziel implementieren, das Schulpersonal und die Berufsberater bei der Entwicklung geeigneter pädagogischer Materialien und Instrumente für unternehmerisches Lernen zu unterstützen. Die UNESCO stellt ihr Modul „Starting My Own Small Business“ zur Verwendung und Implementierung innerhalb einer Gruppe von vereinbarten Schulen und/oder Institutionen zur Verfügung. Die ETF und die UNESCO werden gemeinsam das Modul „Starting My Own Small Business“ mit dem Ziel implementieren, das Schulpersonal und die Berufsberater bei der Entwicklung geeigneter pädagogischer Materialien und Instrumente für unternehmerisches Lernen zu unterstützen.

Stamatis Paleocrassas, vom Europäischen Parlament ernannter unabhängiger Sachverständiger, schlägt vor, dass die ETF auch außerhalb der EU nach Möglichkeiten zum Aufbau einer Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten aus anderen Regionen der Welt, wie z. B. Australien, Singapur oder Nordamerika, suchen sollte.

Jerzy Wiśniewski (Polen) bittet um Aufklärung hinsichtlich der Existenz weiterer Vereinbarungen mit EU-Institutionen sowie der Absicht der ETF, weiterhin die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen aus der EU zu suchen. Als Antwort darauf erläutert **Xavier Matheu de Cortada** (ETF), dass gegenwärtig keine sonstigen Kooperationsvereinbarungen mit Institutionen aus den Mitgliedstaaten in Kraft sind, dass sich aber mehrere in Vorbereitung befinden und Diskussionen mit British Council, AFD usw. eingeleitet wurden.

Die Vereinbarung zwischen ETF und Inwent Deutschland, das Protokoll über die Umsetzung gemeinsamer Tätigkeiten der ETF und des staatlichen Planungsausschusses in Syrien, die Vereinbarung zwischen ETF und ILO über unternehmerisches Lernen im Libanon und die Vereinbarung zwischen ETF und UNESCO über unternehmerisches Lernen im Libanon werden vom Vorstand angenommen.

6. Sitzabkommen zwischen der Italienischen Republik und der ETF

Alastair Macphail, Verwaltungschef der ETF, erläutert, dass durch das Sitzabkommen die Beziehung zwischen der ETF und den italienischen Behörden sowie die den Mitarbeitern gewährten Vorrechte und Befreiungen geregelt werden. Die ETF hat am 9. Dezember 2004 ein Sitzabkommen unterzeichnet. Die Überarbeitung war aufgrund von Änderungen des Statuts sowie der erforderlichen Anpassung an die neuen Praktiken, die gegenwärtig in Italien bei Sitzabkommen Anwendung finden (z. B. EFSA), notwendig. Die Verhandlungen begannen 2007 und die ETF profitierte dabei von der vollen Unterstützung der italienischen Vorstandsmitglieder. Der überarbeitete Text wurde am 22. Januar 2010 vom italienischen Außenministerium und der ETF unterzeichnet und durchläuft gerade den parlamentarischen Genehmigungs- und Ratifizierungsprozess (mit einer voraussichtlichen Dauer von zwei Jahren). Der überarbeitete Text wird nach der Ratifizierung in Kraft treten.

Das Abkommen enthält für die ETF günstige Bedingungen (z. B. Mietvertrag für Villa Gualino), die Vorrechte und Befreiungen wurden auf Vertragsbedienstete ausgedehnt. Ferner besteht eine neue Zusage von Seiten der italienischen Behörden, ein adäquates mehrsprachiges Schulsystem im Einklang mit dem europäischen Schulsystem zu garantieren, und der Diplomatenstatus wurde auf vier Mitglieder des Managementteams erweitert.

Im Hinblick auf den Vertrag mit Villa Gualino steht die ETF in Kontakt mit den lokalen Behörden wegen einer Verlängerung. Aufgrund von Änderungen bei den Institutionen der lokalen Verwaltung hat sich der Prozess jedoch verzögert. Der ETF wurde von den italienischen Behörden mündlich zugesichert, dass der Vertrag verlängert wird und die ETF die Einrichtungen von Villa Gualino weiterhin nutzen kann.

Guidobondo Cavalchini (Italien) betont, wie wichtig die von den italienischen Behörden gewährte Unterstützung bei der Überprüfung des Sitzabkommens angesichts der Änderungen in den europäischen Personalstatuten sowie der erforderlichen Anpassung an die allen internationalen Organisationen in Italien angebotenen Standards ist. In Bezug auf den Mietvertrag unterstützen sowohl die lokalen als auch die nationalen Behörden die Verlängerung des Vertrags zwischen der ETF und der Villa Gualino, obwohl die Gespräche zwischen der Region Piemont, wichtigster Akteur in diesem Zusammenhang, und dem Villa Gualino-Konsortium, das den Standort verwaltet, Verzögerungen verursachen. Eine schriftliche Bestätigung der Absicht zur Verlängerung des Vertrags mit der ETF sollte bis Ende des Jahres vorliegen.

Maurice Mezel (Frankreich) dankt den italienischen Kollegen für ihre Unterstützung bei der Sicherstellung eines angemessenen Sitzes für die ETF in Turin.

7. Aktueller Stand der Audits 2010 des internen Auditdienstes (IAS)

- i. **Auditabschlussbericht des IAS über Planung und Überwachung innerhalb der ETF (ETF-GB-10-021)**
- ii. **Aktionsplan der ETF als Reaktion auf den Auditbericht des IAS über Planung und Überwachung innerhalb der ETF (ETF-GB-10-022)**

Francesca Gandini (ETF) stellt eine Zusammenfassung der Maßnahmen vor, die 2010 durch den internen Auditdienst (IAS) durchgeführt wurden.

Im Februar 2010 führte der IAS ein Audit der Planungs- und Überwachungsprozesse der ETF durch. Ziel dieses Audits war es, die Angemessenheit des 2009 eingeführten Planungssystems der ETF zu evaluieren und von unabhängiger Seite bestätigen zu lassen. Es umfasste das Planungsverfahren für

die Erstellung des Arbeitsprogramms 2010 der ETF, den jährlichen Managementplan und die vorhandenen Instrumente für die Überwachung und Berichterstattung hinsichtlich der Umsetzung des Arbeitsprogramms der ETF. Das endgültige Auditorteil war zufriedenstellend. Es kommt zu dem Schluss, dass das bei der ETF eingerichtete interne Kontrollsystem eine angemessene Zuverlässigkeit hinsichtlich des Erreichens der Ziele des jährlichen Planungsprozesses bietet. Es ergaben sich keinerlei Erkenntnisse, die Anlass für kritische oder sehr wichtige Empfehlungen gewesen wären. Die ETF hat die Empfehlungen in dem Entwurf des Arbeitsprogramms 2011 sowie in ihrer Planungspolitik berücksichtigt. Ferner hat die ETF die jährliche Risikselbstbewertung auf Makro- und operativer Ebene früh genug durchgeführt, sodass diese noch in das Arbeitsprogramm 2011 einfließen kann. Infolge dieser Maßnahme wurde ein Risikoregister erstellt, das regelmäßig überwacht wird. Außerdem wurden die Risikomanagement-, Überwachungs- und Evaluierungspolitik sowie die organisationsinternen Indikatoren der ETF überprüft.

Eine vom IAS unterstützte IT-Risikselbstbewertung wurde im September 2010 durchgeführt, um die wichtigsten IT-Risiken innerhalb der ETF zu identifizieren und zu bewerten und die Ausgereiftheit der IT-Funktion nach internationalen IT-Kontrollstandards (CobiT 4.1) zu beurteilen. Dies umfasste die Prozesse innerhalb der ETF, einschließlich der IT-Strategie und -Organisation, der Beschaffung und Implementierung von Informationssystemen und der Bereitstellung von IT-Diensten. Der Berichtsentwurf ist Ende Oktober eingegangen. Die Endergebnisse werden vom IAS im Rahmen der Überarbeitung seiner eigenen Risikobewertung für die Vorbereitung der Auditplanung für 2011-13 herangezogen. Ferner werden diese Endergebnisse von der ETF genutzt, um einen Aktionsplan zur Beseitigung der identifizierten Risiken aufzustellen.

Der strategische Auditplan des IAS für 2011 wurde noch nicht formal aktualisiert. Die ETF hat vorgeschlagen, den Schwerpunkt des vom IAS durchgeführten Audits 2011 auf Relationship Management und Kommunikation zu legen. Sobald die Auditplanung abgeschlossen ist, wird der Vorstand darüber informiert.

Im Hinblick auf die Verteilung der IAS-Berichte wird beschlossen, dass die ETF die internen Auditberichte und ihren Aktionsplan dem Referat Interne Rechnungsprüfung der GD Bildung und Kultur vorlegt, um die Kommunikation mit den Diensten der Kommission zu vereinfachen.

8. Arbeitsprogramm 2011 und Entwurf des 9. Haushaltsplans der ETF für das Jahr 2011

Madlen Serban präsentiert das Arbeitsprogramm 2011 mit Schwerpunkt auf den folgenden Themen:

Die ETF ist bestrebt, die Berufsbildung in den Partnerländern als Antriebsfaktor für lebenslanges Lernen und nachhaltige Entwicklung zu etablieren, wobei Wettbewerbsfähigkeit und soziale Eingliederung besondere Schwerpunkte bilden. In dieser Hinsicht wird das Arbeitsprogramm 2011 der ETF durch die Mittelfristige Perspektive für 2010-2013 eingerahmt. Durch leistungsorientiertes Management können diese Ziele sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht erreicht werden.

Die Planung und Berichterstattung der ETF basiert auf drei Dimensionen – geografisch, thematisch und funktional. Den Ausgangspunkt für die Planung bilden die organisationsinternen Leistungsindikatoren, welche die Relevanz und Messbarkeit der Ziele der ETF definieren und Daten bezüglich der Leistung der ETF auf aggregierter Ebene in Bezug auf ihre Kerntätigkeit und ihre Funktionsweise als Agentur der Europäischen Union liefern. Die Planung erfolgt kaskadierend auf Projektebene. In den Projektumsetzungsplänen werden Aktivitäten, Projektergebnisse, Erkenntnisse, Indikatoren, Ressourcen und Zeitrahmen im Detail festgelegt.

Das Arbeitsprogramm 2011 ist nicht nur ein Planungsinstrument, sondern auch ein Kommunikationswerkzeug, um besser über die geplanten Maßnahmen, die gegenwärtigen Aktivitäten und deren Hintergrund sowie die erwarteten Ergebnisse informieren zu können.

Das Dokument umfasst die folgenden Elemente: politischer Kontext, Mittelfristige Perspektive für 2010-2013 und die Aktivitäten auf der Grundlage des mehrdimensionalen Ansatzes, der in der Verordnung zur Errichtung der ETF beschrieben wird (Funktionen, Themengebiete, Ziele). Daher sind alle Maßnahmen rund um Funktionen und Themen aufgebaut. Ferner werden Aktivitäten auf regionaler Ebene, wie von der Kommission gefordert, ebenso wie auf Landesebene entwickelt. Einige

Projekte werden aus Vorjahren weitergeführt (sofern es mehrjährige Projekte sind), während es sich bei anderen um neue Projekte handelt, die 2011 begonnen werden, jedoch nur, wenn sie durch den Turin-Prozess dokumentiert sind. Abschnitte des Arbeitsprogramms sind Kommunikation sowie Ressourcen und Management gewidmet.

Die ETF stützt sich auf interne EU-Initiativen, sofern die politische Bereitschaft und Fähigkeit zur Umsetzung des Ansatzes in den Partnerländern vorhanden ist und sofern diese für die Anforderungen relevant sind und ein günstiges politisches Umfeld gegeben ist. In dieser Hinsicht folgt die ETF den neuesten Schlussfolgerungen des Rates sowie den von der Europäischen Kommission eingeleiteten Vorzeigeeinitiativen. Da 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit ist, wird sich die ETF auf Entwicklungen konzentrieren, die die Validierung von durch Freiwilligentätigkeit erworbene Kompetenzen und deren Anerkennung für die berufliche Entwicklung unterstützen.

Die Planung auf Landes- und regionaler Ebene stützt sich weitestgehend auf den Turin-Prozess. Basierend auf der Analyse, die für jedes Partnerland durchgeführt wurde, wurden politische Themengebiete, die (durch alle Partner, einschließlich der ETF) vorrangig zu unterstützen sind, anhand der folgenden Kriterien identifiziert: strategische Wichtigkeit des Themas für die Entwicklung des Berufsbildungssystems, Verfügbarkeit von Nachweisen, die die Notwendigkeit von Arbeiten auf diesem Gebiet bestätigen, und Zusage von Seiten der Regierung, sich auf diesem Gebiet zu engagieren. Die politischen Themengebiete wurden einerseits um die drei Kernthemen der Mittelfristigen Perspektive der ETF und andererseits um die vier Säulen des EU-Rahmenprogramms „Aus- und Weiterbildung 2020“ gruppiert.

Überwachung und Evaluierung bilden die Grundlage für eine fundierte Entscheidungsfindung im Rahmen der Planung sowie innerhalb des Projekt- und Programmzyklus der ETF. Um die Komponenten ihres Überwachungsprozesses zu unterstützen, wird die ETF ein neues organisatorisches „Dashboard“ implementieren. In dem ETF-Dashboard werden Live-Daten zu ETF-Projekten integriert und verarbeitet, um wichtige Leistungsdaten für die tägliche Überwachung der Aktivitäten der ETF sowie für die Überwachung und Berichterstattung auf vierteljährlicher und jährlicher Basis bereitzustellen.

Die Humanressourcen der ETF werden basierend auf den Aktivitäten mobilisiert, wobei die Abstufung von strategischen zu operativen Zielen, dann zu Referats-/Abteilungszielen und individuellen Personalzielen erfolgt. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihrer Erfahrung zugeteilt.

Xavier Matheu de Cortada (ETF) unterstützt die Präsentation des Arbeitsprogramms 2011 mit den folgenden Elementen: politischer Kontext, Entwicklungen der EU im Bereich Aus- und Weiterbildung, Beziehung zur Mittelfristigen Perspektive 2010-13 (Ziele, Funktionen, Kernthemen, Prinzip der Aktionen) und organisationsinterne Indikatoren. Der Mehrwert der ETF resultiert aus ihrer neutralen, nicht kommerziellen und einzigartigen vorhandenen Wissensbasis mit Fachwissen über Humankapitalentwicklung und ihren Verbindungen zu Beschäftigung. Regionale Projekte und nationale Aktivitäten sowie thematisches Fachwissen werden präsentiert. Erläuterungen in Bezug auf den Kontext der Anhänge (Projekttabellen, ABB, überregionale Projekte, länderübergreifende Projekte, nationale Maßnahmen, organisationsinterne Indikatoren, Organigramm, Ergebnisse nach Region, Funktion und Kernthemen und das gemeinsame Arbeitsprogramm von Cedefop und ETF) werden angeboten.

Alastair Macphail (ETF) stellt den Haushaltsplan 2011 vor. Der Wunsch der ETF und der Vorschlag der Kommission bestanden in einem Zuschuss von 19,85 Mio. EUR. Dies entspricht einer Erhöhung von 2 % gegenüber dem ursprünglichen Haushalt 2010 der ETF von 19,46 Mio. EUR sowie einer Erhöhung von 5 % im Vergleich zu der Zahl im Berichtigungshaushaltsplan. Dies ist vergleichbar mit dem Haushaltsniveau 2009. Der Betrag setzt sich vollständig aus neuen Mitteln aus dem allgemeinen Haushaltsplan 2011 zusammen (die ETF hat Ende 2009 keinen Überschuss an die Kommission zurückgezahlt, wie dies in den Vorjahren der Fall war) und unterteilt sich in 14,328 Mio. EUR in Titel 1 und 2 und 5,522 Mio. EUR in Titel 3. Der Haushaltsplan der ETF spiegelt in seinem Aufbau die Rolle der ETF als Wissenszentrum wider: zwei Drittel der Ausgaben der ETF entfallen auf Personalkosten als wichtigstes Kapital der ETF für die Umsetzung der genehmigten jährlichen Aktivitäten. Die Infrastruktur- und Verwaltungskosten der ETF sind sehr gering.

Wichtigstes Merkmal des Entwurfs des Haushaltsplans 2011 ist eine erhebliche Verlagerung der Ressourcen von administrativen zu operativen Ausgaben. Im Vergleich zum Berichtigungshaushaltsplan 2010 sind eine Verringerung der Personalkosten um 4 % (Titel 1) und der Gemeinkosten um 7 % (Titel 2) sowie eine Erhöhung der operativen Ausgaben um 43 % vorgesehen.

Die Gesamtverringerung der administrativen Ressourcen bedeutet, dass der Haushaltsplan der ETF für die Personalkosten und administrativen Ausgaben auf sehr knappen Annahmen beruht und dass nur wenig Spielraum für die Übertragung von Mitteln zu operativen Tätigkeiten besteht, wie dies 2009 von der ETF gehandhabt wurde. Im Gegenteil besteht eventuell sogar die Notwendigkeit, im Laufe des Jahres Mittel in die entgegengesetzte Richtung zu übertragen. Jedoch ist die ETF der Ansicht, dass dieses Risiko eingegangen werden sollte, um den maximalen Betrag der Ressourcen im Haushaltsplan ab Jahresbeginn für operative Aktivitäten bereitzustellen.

Die ETF beabsichtigt, die vier gegenwärtig offenen Stellen in ihrem Stellenplan im Verlauf von 2011 zu besetzen. Jedoch bedeutet die Reduzierung im administrativen Haushaltsplan, dass die ETF deren Gehälter nicht für das volle Jahr zahlen kann, sodass beschlossen wurde, deren Anstellung auf die zweite Jahreshälfte zu verschieben. Die verbleibende Differenz zwischen besetzten Stellen und VZÄ ist auf Teilzeitarbeit und verschiedene Formen von unbezahltem Urlaub, die im Statut vorgesehen sind, zurückzuführen.

Die Reduzierung bei den Dienstreisekosten entspricht der Übertragung von operativen Projekten von Titel 1 zu Titel 3. Damit soll die Transparenz hinsichtlich der Aufschlüsselung zwischen operativen und administrativen Kosten erhöht und den operativen Führungskräften die Möglichkeit gegeben werden, zwischen Dienstreisen und anderen projektbezogenen Kosten zu unterscheiden. Zukünftig können Führungskräfte eingesparte Dienstreisekosten auf Projektaktivitäten umverteilen, ohne eine Übertragung zwischen Haushaltsplantiteln vornehmen zu müssen.

Die ETF hat bei interner Fortbildung und Personalfürsorge drastische Kürzungen vorgenommen (Kapitel 14). Titel 2 zeigt pauschale Einschnitte bei den Infrastruktur- und Verwaltungskosten. Titel 3 weist zusätzlich zur Übertragung von operativen Projekten erhebliche Ausgabenerhöhungen bei organisationsinternen Publikationen, Veranstaltungen und Aktivitäten zur Informationsverbreitung sowie bei Projektaktivitäten auf.

Der Stellenplan 2011 entspricht infolge des Beschlusses des Vorstands, zwei offene Stellen in der Assistentenfunktionsgruppe (AST) in Stellen für Verwaltungsräte (AD 5) umzuwandeln, dem Stellenplan 2010 in der Gesamtzahl der Bediensteten auf Zeit (96), bestehend aus 61 Administratoren und 35 Assistenten – im Vergleich zu 59 und 37 im Jahr 2009. Auf diese Weise kann die ETF ihre Wissenskapazität mit der Anstellung von zwei Junior-Sachverständigen (AD 5) in der zweiten Hälfte 2011 verstärken. Darüber hinaus plant die ETF, 34 Vertragsbedienstete, 2 Abgeordnete nationale Sachverständige und 2 lokale Bedienstete zu beschäftigen (bislang 3 im Jahr 2009).

Micheline Scheys (Belgien) präsentiert im Namen der Ratspräsidentschaft die Ergebnisse der informellen Diskussionen der Vorstandsmitglieder über das Arbeitsprogramm 2011 und den Entwurf des Haushaltsplans 2011 der ETF. Da die Situation des EU-Haushalts noch nicht geklärt ist, lässt sich über das Arbeitsprogramm nur schwer etwas sagen. Das Dokument ist besser strukturiert, Projekte für Titel 3 werden begrüßt, vorherige Empfehlungen wurden in dem allgemeinen Ansatz berücksichtigt und der Aufbau wurde verbessert. Die Vorstandsmitglieder begrüßen die zwischen der Politik und den Aktivitäten hergestellte Querverbindung, jedoch ist mehr Flexibilität erforderlich, um die Prioritäten der Mitgliedstaaten bei regionalen Verteilungen zu berücksichtigen. Der Vorstand sollte sich stärker auf Governance und weniger auf Management konzentrieren.

Folgende Empfehlungen werden abgegeben:

- Übersichtstabellen, die in Präsentationen verwendet werden, könnten in das Arbeitsprogramm aufgenommen werden
- Es besteht Interesse am Entscheidungsfindungsprozess im Rahmen des Arbeitsprogramms. Ferner wären Beispiele zur Veranschaulichung, wie erfolgreich die verschiedenen Aktivitäten im Detail waren, von Nutzen
- Eine Zusammenfassung ist notwendig, um die wichtigsten Entscheidungen, die Herausforderungen für die Zukunft sowie eine Erläuterung der Planungsabstufung einzubeziehen
- Das Arbeitsprogramm sollte in einen breiteren Zusammenhang gestellt werden (Auswirkung der Globalisierung, Wirtschaftskrise, Probleme im Zusammenhang mit Migration und wie sich diese Probleme auf die Aktivitäten der ETF auswirken)

Die folgenden Elemente werden präsentiert und Erklärungen in Bezug auf den Haushaltsplan 2011 angefordert:

- Übertragung von Titel 1 zu Titel 3 und personelle Aufstockung
- Haushaltsaufstockung ist nominal oder anderweitig
- Folgen der Zuteilungen durch die Kommission
- Was geschieht, wenn der Haushaltsplan der EU nicht genehmigt wird, und wie wird das Arbeitsprogramm angepasst

Frau Scheys schlägt vor, das informelle Treffen nicht während des Mittagessens selbst zu organisieren, sondern die Pause zu verlängern, sodass zusätzliche Zeit für Diskussionen zur Verfügung steht. Für die Organisation der Arbeit ist mindestens eine Stunde erforderlich und die Vorstandsmitglieder würden es begrüßen, wenn sie die Präsentationen, Erläuterungen und mündlichen Berichte vor dem informellen Treffen erhalten könnten.

Madlen Serban (ETF) begrüßt die Bemerkungen und Empfehlungen von Seiten der Mitglieder und weist darauf hin, dass die ETF den Planungsprozess im Detail präsentieren und die angewandten Abstufungsgrundsätze erläutern kann; in Bezug auf die anzubietenden Beispiele erklärt sie, dass nach der Genehmigung des Arbeitsprogramms alle Aktivitäten ausführlich beschrieben werden und die ETF in der Lage ist, Beispiele für Aktivitäten, die auf bestimmte Länder, Funktionen oder thematische Kenntnisse ausgerichtet sind, bereitzustellen. Die Zuweisung der Mittel für die Regionen wurde seit dem Vorschlag aus dem Jahr 2006 basierend auf von der Kommission eingegangenen Anforderungen, der Erweiterungs- und die Nachbarschaftsregion mehr Beachtung zu schenken, geändert, wobei die Priorität bezüglich Zentralasien verringert wurde. Die ETF wird die Zusammenfassung mit den angeforderten Elementen bereitstellen.

Jan Truszczyński weist darauf hin, dass das Arbeitsprogramm 2011 der ETF endgültig angenommen wird, nachdem die Kommission eine positive Stellungnahme abgegeben hat. Die Genehmigung durch die Kommission ist fast abgeschlossen. Bislang wurden keine Bemerkungen gesammelt, sodass von einer positiven Stellungnahme ausgegangen wird. Der Entwurf des Haushaltsplans 2011 ist von der Situation des EU-Haushalts im Allgemeinen abhängig. Momentan arbeiten die Dienste der Kommission an einem neuen Vorschlag für den EU-Haushalt 2011. Dieser Vorschlag soll im vereinfachten Verfahren diskutiert werden. Die GD EAC hat die potenziellen Kapitalflussrisiken für die ETF analysiert. Dabei wurden keine wesentlichen Risiken identifiziert, selbst wenn das Prinzip der vorläufigen Zwölfstel zur Anwendung kommt. Falls sich aufgrund der Ergebnisse der Verhandlungen über den EU-Haushalt Änderungen am Haushaltsplan der ETF ergeben, wird der Vorstand den gegenwärtigen Vorschlag überprüfen und den neuen Haushaltsplan im schriftlichen Verfahren genehmigen müssen.

Alastair Machphail (ETF) erläutert, dass die Änderungen bei der Verteilung der Mittel zwischen Titel 1 und Titel 3 auf die Tatsache zurückzuführen sind, dass die Mittelfristige Perspektive der ETF für 2010-13 verabschiedet war, als die Neufassung genehmigt wurde. Nach Ansicht der ETF war dies ein Signal im Hinblick auf die Reduzierung der Verwaltungskosten, ein Prozess, der 2009 begonnen und 2010 fortgeführt wurde. In Bezug auf die personelle Besetzung erhöht die ETF nicht die Mitarbeiterzahl, sondern besetzt lediglich die freien Stellen. Im Hinblick auf die nominale Haushaltsaufstockung sehen die Richtlinien der Haushaltsbehörden vor, dass die Agenturen ihre Haushalte um maximal 2 % ohne personelle Aufstockung erhöhen dürfen. Der Haushaltsplan 2011 der ETF tritt nach Verabschiedung des EU-Haushalts in Kraft. Sollte die Haushaltsbehörde einen Haushalt in Abweichung von dem Haushalt, der vom Vorstand zur Genehmigung vorgeschlagen wurde, genehmigen, wird sie Informationen über die Änderungen zur Verfügung stellen und deren Genehmigung beantragen.

Madlen Serban (ETF) weist darauf hin, dass die ETF gemäß der Finanziellen Vorausschau 2007-13 der ETF aufgrund der Mittelzuweisung für 2010 ungefähr 4 % ihres Haushalts eingebüßt hat. Die vorgeschlagenen Aufstockungen um jeweils 2 % in den Jahren 2011 und 2012 haben keinen Einfluss auf die zugeteilten Mittel für den Zeitraum 2011-13, sodass sich ein Gesamtverlust von rund 1 % ergibt. Der Entwurf des Arbeitsprogramms 2011 beinhaltet Aktivitäten, die durch die in allen Partnerländern durchgeführte Analyse dokumentiert wurden, und die ETF hat einen Prioritätsansatz für die mit den Ländern diskutierten Maßnahmen entwickelt.

Micheline Scheys (Belgien) weist erneut darauf hin, dass der Vorstand die Dokumente nur vorläufig genehmigen sollte, da der Beschluss zur Genehmigung des EU-Gesamthaushalts noch aussteht.

Jan Trzuszczński erläutert, dass die Formalisierung des Arbeitsprogramms 2011 und des Haushaltsplans auf der positiven Stellungnahme der Kommission basiert. Der Beschluss über das Arbeitsprogramm kann gefasst werden und diesbezüglich muss die positive Stellungnahme der Kommission nicht abgewartet werden. Er betont, dass der Haushaltsplan 2011 der ETF erst nach Verabschiedung des EU-Haushalts 2011 in Kraft treten wird. Bis dahin kann der Vorstand den Entwurf des Haushaltsplans 2011 der ETF annehmen.

Madlen Serban wiederholt den Inhalt von Art. 12 (5) der Neufassung, in dem es heißt: „Der Vorstand genehmigt den Entwurf des Jahresarbeitsprogramms spätestens am 30. November des Vorjahres. Die endgültige Annahme des Jahresarbeitsprogramms erfolgt zu Beginn des betreffenden Jahres.“ Dies legt den Aktionsrahmen fest.

Maurice Mezel (Frankreich) bittet um Klärung, inwieweit das zur Annahme vorgelegte Arbeitsprogramm 2011 von der Haushaltslage der EU beeinflusst wird und ob der Vorstand die beiden Dokumente anpassen könnte. Als Antwort darauf gibt **Belen Bernaldo De Quirós** (GD EAC) zur Auskunft, dass der Vorstand gemäß der Neufassung der Verordnung dazu aufgefordert wird, den Entwurf des Arbeitsprogramms und den Haushaltsplanentwurf zu analysieren und anzunehmen. Die beiden Dokumente treten vorbehaltlich der Genehmigung des EU-Haushalts in Kraft. In diesem Jahr stellt sich die Situation aufgrund der Gesamthaushaltssituation der EU anders dar als in den Vorjahren. Sollten Änderungen an der Mittelzuweisung vorgenommen werden, wird der Vorstand gebeten, diese zu analysieren und eine überarbeitete Fassung des Haushaltsplans 2011 zu genehmigen.

Gerhard Schuman-Hitzler (GD Erweiterung) hebt die Tatsache hervor, dass die Situation nicht grundsätzlich anders ist als in den Jahren zuvor. Gemäß den Vorgaben der Neufassung wird der Vorstand aufgefordert, den Entwurf des Arbeitsprogramms und den Haushaltsplanentwurf bis Ende November anzunehmen. Der EU-Haushalt wird normalerweise erst im Dezember genehmigt. Der einzige Unterschied in diesem Jahr besteht darin, dass kein genaues Datum für die Genehmigung des EU-Haushalts vorliegt. Der zweite Schritt für den Vorstand folgt dann im nächsten Jahr, wenn er über den Stand des EU-Haushalts informiert und aufgefordert wird, entweder den Haushaltsplan 2011 der ETF zu bestätigen oder Änderungen daran anzunehmen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann kein Datum für diese Entscheidungen festgelegt werden. Wenn der Trilog über den EU-Haushalt zu einem gemeinsamen Standpunkt führt und der anfängliche Vorschlag bestätigt wird, wird der Haushaltsplan 2011 der ETF ebenfalls bestätigt. Sollten die Diskussionen zwischen den Haushaltsbehörden nicht im Dezember 2010 oder Anfang 2011 abgeschlossen und der Haushalt nicht verabschiedet werden, wendet die ETF die gleichen Regeln wie die Dienste der Kommission – nämlich das Prinzip der vorläufigen Zwölfstel – an, und wird aufgefordert, ihre Aktionen nach unten zu korrigieren und die interne Planung anzupassen. Der Vorstand kann die Entwurfsdokumente ohne Risiko genehmigen und 2011 darauf zurückkommen, um sie zu bestätigen oder etwaige erforderliche Änderungen vorzunehmen.

Jan Trzuszczński bittet um Annahme des Entwurfs des Arbeitsprogramms 2011 und des Entwurfs des Haushaltsplans 2011 der ETF. Im Falle von Schwierigkeiten mit dem allgemeinen EU-Haushalt wird die ETF auf den Vorstand zurückkommen und erforderliche Anpassungen vorschlagen müssen.

Maurice Mezel (Frankreich) bittet um Bestätigung von Seiten der Dienste der Kommission, dass die Aktivitäten der ETF nicht durch die EU-Haushaltssituation beeinträchtigt werden. Als Antwort darauf weist **Jan Trzuszczński** darauf hin, dass es basierend auf der von den Diensten der Kommission durchgeführten Analyse unwahrscheinlich ist, dass die Aktivitäten der ETF gefährdet werden, selbst wenn die Anwendung der vorläufigen Zwölfstel erforderlich sein sollte.

Der Entwurf des Arbeitsprogramms 2011 der ETF wird angenommen.

Der Entwurf des Haushaltsplans 2011 der ETF wird angenommen.

10. Berichtigungshaushaltsplan 2010

Jan Trzuszczński erklärt, dass sich der Haushaltsplan 2010 der ETF aus im Haushalt ausgewiesenen und von der Haushaltsbehörde verabschiedeten Mitteln in Höhe von insgesamt 18 282 000 EUR und aus Mitteln aus Wiedereinzahlungen in Höhe von 1 178 000 EUR

zusammensetzt. Die Wiedereinziehungen aus dem Vorjahr wurden nicht korrekt in den Haushaltslinien der ETF ausgewiesen. Um diese Situation zu bereinigen, hat die GD EAC daher sichergestellt, dass die ETF den vollen Betrag der Zahlungsermächtigungen erhält. Sie wird 550 000 EUR an Mittelbindungen aus den eigenen Haushaltslinien unter Rubrik 4 zuweisen und die ETF-Konferenz „Social Inclusion and Combating Poverty through Cooperation in Education, Training and Work in EU neighbouring countries“ am 2. und 3. Dezember 2010 teilweise finanzieren.

Madlen Serban (ETF) weist darauf hin, dass die Situation mit den Rückforderungen Auswirkungen auf das Arbeitsprogramm 2010 hatte. Nach sorgfältiger Prüfung der Gesamtlage wurde entschieden dafür zu sorgen, dass Aktivitäten in den Partnerländern nicht betroffen sind. Lediglich Aktivitäten in Bezug auf die Mitteilung der 2010 erzielten Teilergebnisse werden in das Jahr 2011 verlagert.

Alastair Macphail (ETF) verweist auf die Tatsache, dass der endgültige Zuschussbetrag um 628 000 EUR geringer als im Haushaltsplan vorgesehen ist. Jedoch hat die Kommission als Ausgleich einen Direktbeitrag in Höhe von 162 178 EUR zu den Kosten der Konferenz über die soziale Eingliederung, die von der ETF Anfang Dezember organisiert wird, zugesagt. Die Gesamtauswirkung auf den Haushaltsplan 2010 der ETF beläuft sich daher auf 465 822 EUR an zur Verfügung stehenden Mittelbindungen. Dies entspricht einer Haushaltskürzung von 2 %. In den Berichtigungshaushaltsplan fließen 509 300 EUR an zweckgebundenen Einnahmen aus dem italienischen Treuhandfonds und 278 740 EUR aus der MEDA-ETE-Finanzierung der Vorjahre ein. Die ETF musste ihren Haushaltsplan – zusätzlich zur normalen Überprüfung der Umsetzung des Arbeitsprogramms im dritten Halbjahr – überprüfen, um dieser Kürzung Rechnung zu tragen. Die Auswirkungen dieser Kürzung wurde durch unerwartete Personalkosteneinsparungen abgeschwächt, die sich daraus ergaben, dass die jährliche Gehaltsanpassung 2010/2011 für in Italien tätige EU-Bedienstete negativ sein wird, sowie aus der Verschiebung des Eintrittsdatums neuer Bediensteter und dem Nichtersatz von Bediensteten, die die Agentur verlassen. Die ETF musste daher geplante Tätigkeiten mit einem Gesamtwert von ungefähr 245 000 EUR zurückstellen. Der Gesamtbetrag der Zahlungsermächtigungen bleibt hiervon unberührt. Dies bedeutet, dass die ETF einen größeren Anteil ihrer operativen Tätigkeiten, die 2010 aus getrennten Mitteln finanziert werden, zahlen und den Vortrag dieser Mittel auf 2011 verringern muss. Die Haushaltskürzung kommt zusätzlich zu den Mittelübertragungen, die unter der Aufsicht des Direktors vorgenommen wurden und über die der Vorstand im Oktober informiert wurde. Die ETF hat ihr Möglichstes getan, um sicherzustellen, dass die operativen Aktivitäten in den Partnerländern nicht zu sehr von der Haushaltskürzung betroffen sind. 78 % der Verringerung bei den geplanten Aktivitäten entfallen auf administrative Ausgaben (Titel 1 und 2) und lediglich 22 % auf operative Tätigkeiten (Titel 3). Die Gesamtverringerung der operativen Ausgaben (Titel 3) beschränkt sich auf 1 %. Bei den Personalkosten beträgt die Reduzierung 3 %. Die Erhöhung der Infrastruktur- und Verwaltungskosten ist auf die höher als erwartet ausgefallenen Kosten der Umstellung auf ABAC, dem Rechnungsführungssystem der Kommission, und andere wesentliche IKT-Kosten zurückzuführen. Bei näherer Betrachtung lässt sich eine Pauschalkürzung der Personalkosten, insbesondere bei Dienstreisen, interner Fortbildung und Personalfürsorge und abgeordneten nationalen Sachverständigen, erkennen. Bei den Infrastruktur- und Verwaltungsausgaben wird die höhere IKT-Investition durch Kürzungen an anderer Stelle im Haushaltsplan aufgewogen. Die Gesamtkürzung bei den operativen Tätigkeiten beschränkt sich auf 1 %, was überwiegend dem Beitrag der Kommission zu den Kosten der Konferenz über die soziale Eingliederung zu verdanken ist.

Die jährliche Gehaltsanpassung für in Italien tätige EU-Bedienstete, die vom Rat im Dezember 2010 verabschiedet wird, wird voraussichtlich negativ ausfallen. Da die Anpassung auf den 1. Juli 2010 zurückdatiert wird, bedeutet dies, dass die ETF zwischen 130 000 EUR und 150 000 EUR aus Personalgehältern zurückerhält. Zur Nutzung dieses Betrags muss die ETF die wieder erlangten Mittel von ihrer ursprünglichen Haushaltslinie (1190 Berichtigungskoeffizienten) auf andere Ausgabenposten übertragen, um einige der geplanten Tätigkeiten, die infolge der Haushaltskürzung in die Reserve eingestellt wurden, abzudecken. Der erwartete Betrag der wieder erlangten Mittel beträgt mehr als 10 % dieser Haushaltslinie, was bedeutet, dass der Vorgang gemäß Artikel 23.2 der Haushaltsordnung der ETF durch den Vorstand genehmigt werden muss. Da die Anpassung erst ganz am Ende des Jahres greift, reicht die Zeit nicht aus, um ein schriftliches Verfahren zur Einholung der Genehmigung des Vorstands für die Übertragung durchzuführen. Die ETF beantragt daher, dass der Vorstand die Übertragung wie im Eingangsvermerk zum Berichtigungshaushaltsplan beschrieben vorab genehmigt. Darin ist eine unverbindliche Liste von Aktivitäten enthalten, die basierend auf der genehmigten Übertragung durchgeführt werden.

Sarah Parkin, vom Europäischen Parlament ernannte unabhängige Sachverständige, fragt nach dem ungefähren Geldbetrag, der übertragen werden soll. **Madlen Serban** antwortet, dass die Übertragung rückgeflossener Mittel maximal 150 000 EUR umfassen wird.

Micheline Sheys (Belgien) äußert sich zum Zeitpunkt der Information über die Haushaltsplankürzungen durch die ETF und empfiehlt, dass dies in Zukunft mit angemessener Vorwarnung geschehen sollte. **Jan Truszczyński** verweist auf die Tatsache, dass die Situation nicht normal war, und erwähnt auch seine Anerkennung für die Flexibilität der ETF und des Vorstands.

Anschließend beantragt er die Genehmigung des Berichtigungshaushaltsplans und des Beschlusses über die „Vorabgenehmigung der Haushaltsübertragung: Übertragung wieder erlangter Mittel bis zu einem Höchstbetrag von 150 000 EUR von Haushaltslinie 1190 (Berichtigungskoeffizienten) auf ausgewählte Tätigkeiten in Titel 2 und Titel 3, die aufgrund der Verringerung der verfügbaren Mittelbindungen in die Reserve eingestellt wurden“. Beides wird vom Vorstand genehmigt.

11. Vorläufiger Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben und die zugrunde liegenden allgemeinen Leitlinien 2012

Alastair Macphail (ETF) erläutert, dass der vorläufige Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben der erste Schritt im Haushaltsverfahren 2012 ist. Dies bildet die Grundlage für den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben, welcher der Kommission im Februar nächsten Jahres vorgelegt wird (ohne zusätzliches schriftliches Verfahren). Der Voranschlag ist die Basis für den Vorschlag der Kommission bezüglich der Höhe des ETF-Zuschusses, der in den allgemeinen Haushaltsplan der Europäischen Union eingetragen wird, und wird dann im März zusammen mit dem Entwurf des Arbeitsprogramms, dem Stellenplan und dem mehrjährigen Personalentwicklungsplan im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2012 abschließend festgelegt und an die Haushaltsbehörde übermittelt. Die ETF schätzt, dass sie zur Erfüllung ihres Auftrags sowie zum Erreichen der in der Mittelfristigen Perspektive für 2012 festgelegten Ziele einen EU-Zuschuss in Höhe von 20,3 Mio. EUR benötigt. Dies entspricht einer Erhöhung um 2,3 % verglichen mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2011. Dieser Betrag ist geringfügig höher als der für 2012 vorgesehene Betrag in der Finanziellen Vorausschau der ETF für 2007-13. Angesichts der Tatsache, dass die ETF 2010 Haushaltskürzungen von 6 % gegenüber dem in der Finanziellen Vorausschau vorgesehenen Betrag hinnehmen musste, wird die Gesamtgrenze für den gesamten Zeitraum nicht überschritten.

Auf der Ausgabenseite des Haushaltsplans zeigen sich leichte Erhöhungen der Personalkosten sowie der Infrastruktur- und Verwaltungsausgaben und eine geringfügige Abnahme der operativen Ausgaben gegenüber dem Entwurf des Haushaltsplans 2011. Der Anstieg der Infrastruktur- und Verwaltungsausgaben leitet sich aus den höheren Gebäudebetriebskosten, die im Rahmen des neuen Vertrags mit dem Villa Gualino-Konsortium erwartet werden, und der Verschiebung der dringend erforderlichen Investition in IKT, Büroausstattung und Renovierungen aufgrund der Haushaltsbeschränkungen 2010 und 2011 ab. Der Anstieg der Personalkosten ist der Abdeckung der normalen Gehaltsentwicklung aufgrund der jährlichen Gehaltsanpassung und Beförderungen sowie der Beschäftigung von 129,5 Vollzeitkräften (1,5 mehr als 2011) zuzuschreiben. Angesichts des Ziels der ETF, alle Stellen entsprechend dem Stellenplan ab Ende 2011 zu besetzen, ist dies eine sehr knappe Annahme. Weitere Einsparungen wurden im Bereich interne Fortbildung und Personalfürsorge vorgenommen. Die personelle Besetzung bleibt gegenüber 2011 unverändert. Die operativen Ausgaben sind geringfügig niedriger als 2011, aber etwas höher als 2010.

Der vorläufige Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben und die zugrunde liegenden allgemeinen Leitlinien 2012 werden vom Vorstand genehmigt.

12. Erwartete Beschlüsse des Vorstands und Teilnahme der Vorstandsmitglieder an Aktivitäten der ETF

Madlen Serban (ETF) weist darauf hin, dass die ETF Berichte vom Generalsekretariat der Kommission über die Aktivitäten der EU-Agenturen erhalten hat, und freut sich mitteilen zu können,

dass die Art und Weise, wie die Vorstandsmitglieder der ETF in die Arbeitsgruppen in Verbindung mit den Aktivitäten der ETF eingebunden sind, sehr begrüßt wird. Frau Serban bittet die Mitglieder, die Haushaltsprobleme bestmöglich zu bewältigen – entweder durch eine Arbeitsgruppe oder ein Sondermandat an Troika-Mitglieder. Es sollen Arbeitsgruppen für die Planung, Überwachung und Evaluierung eingerichtet werden und die Vorstandsmitglieder werden aufgefordert, ihre Bereitschaft zum Beitritt zu diesen Arbeitsgruppen zum Ausdruck zu bringen. Die Teilnahme der Vorstandsmitglieder und sonstigen EU-Vertreter an den von der ETF organisierten Veranstaltung, die in verschiedenen Mitgliedstaaten organisierten Studienbesuche sowie die Prioritäten der EU-Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit mit der ETF werden präsentiert. Frau Serban dankt den Vorstandsmitgliedern für ihre Unterstützung und Teilnahme an den Aktivitäten der ETF und bittet sie, die ETF bis Februar 2011 davon in Kenntnis zu setzen, sofern sich ihre Prioritäten in Bezug auf Themen oder Partnerländer geändert haben.

13. Sonstiges

Maurice Mezel (Frankreich) bittet um eine Erklärung hinsichtlich der Art der von der ETF vorgeschlagenen Kooperationsvereinbarungen – Unterschied zwischen einer Vereinbarung und einem Protokoll und der für die Kooperation in Syrien vorgeschlagenen Art von Institution. Als Antwort erläutert **Madlen Serban**, dass die Art der Vereinbarung durch die Verordnung und Verhandlungen mit Dritten bestimmt wird. Für die Partnerländer hat man sich auf den Begriff 'Protokoll' geeinigt, da dies die Arbeitsbeziehung besser widerspiegelt. In Bezug auf Syrien wurde die Institution, mit der die ETF eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen beabsichtigt, von der syrischen Regierung ausgewählt und spiegelt die Organisation der Organe wider, die an der Umsetzung des Turin-Prozesses beteiligt sind.

Jerzy Wiśniewski (Polen) fragt die Vertreter der Kommission, ob die Änderungen am Vertrag von Lissabon im Hinblick auf den Wandel von der Troika zum Trio vom Vorstand ebenfalls vollzogen werden könnte. Dies würde bedeuten, dass Diskussionen in der Troika plus ein Mitglied geführt werden, um eine bessere Abdeckung der Arbeiten und Aktivitäten sicherzustellen. **Jan Truszczyński** antwortet, dass die Dienste der Kommission konsultiert werden, dass es aber unwahrscheinlich ist, dass dieser Vorschlag angenommen werden könnte.

Jan Truszczyński erinnert die Vorstandsmitglieder daran, dass eine ETF-Konferenz zum Thema „Boosting an entrepreneurial culture through innovative learning: issues and implications for policy and practice in ETF partner regions“ nach der Vorstandssitzung der ETF am 25. und 26. November stattfinden wird.

14. Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Vorstands wird am **15. Juni 2011** in Turin stattfinden.

Folgemaßnahmen:

- Der ETF wird die Ergebnisse des Innovations- und Lernprojekts zum Thema Flexicurity auf den nächsten Vorstandssitzungen präsentieren.
- Die ETF wird den Vorstand über den Auditplan des IAS für 2011 in Kenntnis setzen.
- Die ETF wird die Vorstandsmitglieder über die Situation des Haushaltsplans 2011 der ETF und die Folgen für das Arbeitsprogramm 2011 der ETF informieren. Gegebenenfalls wird die ETF die Genehmigung etwaiger erforderlicher Änderungen beantragen (durch das schriftliche Verfahren).
- Die ETF wird die Empfehlungen der Vorstandsmitglieder in Bezug auf die Präsentation des Arbeitsprogramms für die Vorbereitung des Arbeitsprogramms 2012 und des Entwurfs des Haushaltsplans 2012 berücksichtigen.

- Die ETF wird die Aktivitäten der Arbeitsgruppen des Vorstands zu Haushaltsplan sowie Planung, Überwachung und Evaluierung unterstützen.
- Die ETF wird zusammen mit den Diensten der Kommission über die bessere Organisation des informellen Treffens nachdenken.